

訊息

Informationen

Im Schatten von Tian'anmen ----- *Renquan ru xian* – Und die Wirklichkeit?

Der Name Tian'anmen, das Tor des Himmlischen Friedens mit dem dazugehörenden größten Platz der Welt in Beijing, wird seit dem 4. Juni 1989 nicht unbedingt mit einem „himmlischen Frieden“ und auch nicht mehr mit der Ausrufung der VR China durch MAO ZEDONG, die ebendort am 1. Oktober 1949 erfolgte, assoziiert, sondern mit einem brutalen Massaker, mit dem Tod von vielen Menschen und mit unerfüllten Hoffnungen auf Veränderungen, die anderswo im kommunistischen Ostblock nur ein paar Monate später – und zwar ohne Blutvergießen – geschahen und sich symbolisch im Fall der Berliner Mauer ausdrückten.

Das Erbe von Tian'anmen lastet auch fünfzehn Jahre danach noch schwer, nicht nur auf den sog. „Müttern von Tian'anmen“, d.h. Frauen, die ihre Söhne verloren haben, sei es durch Tod oder durch Verhaftungen, Ausweisungen und Repressalien, und bis jetzt vergeblich auf Gerechtigkeit hoffen. Unzählige Menschen, vor allem Journalisten und Schriftsteller, werden wegen „Verbindungen“ zu Tian'anmen heute noch verhaftet oder drangsaliert. Zahlreiche ausländische Politikwissenschaftler, die sich mit dem 4. Juni 1989 beschäftigten, dürfen immer noch nicht nach China reisen. Die politischen Entscheidungsträger dagegen, wie z.B. der Chef der chinesischen Sicherheitsbehörden, LUO GAN, befinden sich weiterhin an der Macht oder sind in ihrer Karriere aufgestiegen.

Tian'anmen, wie auch die Kulturrevolution, wirft bis heute tiefe Schatten auf die chinesische Gesellschaft, vor allem aber auf die Politik. Die Machthaber haben Angst – stellen die Beobachter fest. Die Bezeichnung *liu si* (4. Juni) darf daher in der Presse und im Internet nicht benutzt werden. Der „4. Juni“ ist wie ein „Elefant im Zimmer“, hieß es in einem Kommentar, „er ist immer da, auch wenn man nicht über ihn spricht“.

Renquan ru xian. Inmitten einer international geführten Debatte über die sich verschlechternde Lage der Menschenrechte in China fanden diese im März d.J. ihren Weg in die chinesische Verfassung. Der chinesische Nationale Volkskongreß fügte in den Artikel 33 der Verfassung einen neuen Absatz ein, nämlich: „Der Staat respektiert und schützt die Menschenrechte (*renquan*).“ Er wurde dem alten Absatz vorangestellt, der lautet: „Jeder Bürger genießt die in der Verfassung und den Gesetzen verankerten Rechte und muß gleichzeitig den in der Verfassung und den Gesetzen vorgeschriebenen Pflichten nachkommen.“ *Renquan ru xian* (Menschenrechte gehen in die Verfassung ein) – berichteten alle offiziellen Zeitungen Chinas und kommentierten dieses

Ereignis ausführlich. Viele Regierungen der Welt würdigten die Verfassungsänderung, u.a. während der Sitzung der UN-Kommission für Menschenrechte in Genf.

Verfassungsexperten konstatieren jedoch, daß die juristische Wirkung dieser neuen Zusicherung dadurch stark beschränkt ist, daß sich mangels verfassungsgerichtlicher Mechanismen daraus keine individuellen Rechte ableiten lassen, ebensowenig wie die bereits konstitutionell verankerten Rechte auf Freiheit, Meinungsäußerung, Religionsfreiheit usw. Das hauptsächliche Problem im Bereich der Menschenrechte ist aber, so einige Experten, das ebenfalls in der Verfassung verankerte politische Einparteiensystem. Doch sei schon allein die Aufnahme des Begriffes Menschenrechte (*renquan*), der bisher als ein „bourgeois Konzept“ galt, in die Verfassung als ein Fortschritt zu betrachten (siehe hierzu auch den Beitrag von GEORG EVERS in diesem Heft). Insgesamt werden die konstitutionellen Veränderungen als ein Signal für einen Anschluß an den internationalen Menschenrechtsdiskurs sowie eine bewußte politische Entscheidung für einen Paradigmenwechsel im Bereich der Menschenrechte bewertet. Ob darin allerdings auch Verbesserungen in der Praxis enthalten sind bzw. daraus folgen, ist zunächst – angesichts der bestehenden Tatsachen – stark zu bezweifeln. Denn mit den positiven Kommentaren wurden gleichzeitig (natürlich außerhalb Chinas) auch die den Menschenrechten widersprechenden Tatsachen aufgelistet, vor allem im Bereich der Religionsfreiheit, und hier wiederum insbesondere die Politik gegenüber den Christen, den Anhängern von *falungong*, den tibetischen Lamaisten und den Muslimen in Xinjiang.

Man darf also fragen: Was werden die praktischen Konsequenzen dieser Verfassungsänderung sein? Bleibt sie nicht lediglich Kosmetik? Denn sowohl zur Zeit der Verabschiedung der neuen Verfassung wie auch danach – und bis heute – hat sich die Menschenrechtslage in der VR China nicht verändert. Die Kampagne gegen bestimmte Internetbenutzer z.B. geht weiter und wird sogar intensiviert (hierfür gibt es in China inzwischen ca. 40.000 „Internetpolizisten“), um – wie es im chinesischen Erziehungsministerium heißt – die Infiltration von „ausländischen Ideologien“ zu bekämpfen. Die Kontrolle der Internetnutzung wurde gar durch verschiedene Maßnahmen ausgedehnt, u.a. werden ausländische Internetseiten vermehrt gesperrt, und seit Februar d.J. wurden weitere 8.600 Internetcafés geschlossen. Nach Ansicht einiger Kommentatoren zeugt diese Kontrolle auch von der zunehmenden Sorge der Partei über die Möglichkeiten des Internets, die öffentliche Meinung zu beeinflussen (siehe dazu unten). Dieselbe restriktive Politik gilt inzwischen auch der Presse, denn auch die Schließungen von wichtigen Zeitungen haben nicht aufgehört (offiziell wird allerdings oft Unrentabilität oder Verwicklung in unsaubere Geschäfte als Ursache angegeben). So wurden zwei populäre, kritische Zeitungen in Guangzhou liquidiert, die eine neue Art des chinesischen Journalismus entwickelt haben. Zahlreiche religiöse Persönlichkeiten wurden ohne Angabe von rechtlichen Gründen verhaftet (siehe dazu weiter unten). So wird in den Berichten daran erinnert, daß, auch wenn die chinesische Verfassung immer die Rechte

des Volkes beschwöre, diese jedoch bis heute nur eine leere Formel auf dem Papier (*yizhi kongwen*) geblieben seien.

Ungeachtet der Einführung der Menschenrechte in die chinesische Verfassung wurde die Menschenrechtsdebatte oder, wie *Renmin ribao* vom 1. April d.J. es apostrophierte, der „Menschenrechtsstreit“ (*renquan zhi zheng*) zwischen China und den USA fortgeführt. Die USA veröffentlichten ihren Bericht über die Menschenrechtslage in China am 25. Februar 2004 (www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/) und die VR China, als Antwort, einen eigenen Bericht über die Menschenrechtslage in den USA (1. März 2004). Wie jedes Jahr wurde der US-Bericht vom chinesischen Regierungssprecher dezidiert zurückgewiesen. China will in Fragen der Menschenrechte keinen Druck und keine Einmischung von außen zulassen. „Erfolgreich“ wehrte sich China auch gegen eine entsprechende UN-Resolution. Nach wie vor, so die Argumentation, unterschieden sich der Westen und China in der grundsätzlichen Interpretation der Rolle des Individuums in der Gesellschaft, wobei die chinesische Auffassung auf dem Marxismus-Leninismus-Stalinismus und den Ideen von MAO ZEDONG gründe. Die Grundrechte des Menschen seien also sein Recht auf Ernährung, Unterkunft und Entwicklung. Rede-, Versammlungs-, Religions-, und andere Freiheiten seien dagegen für China von sekundärer Natur.

Nach chinesischer Auffassung gibt es im Bereich der Menschenrechte einen „bemerkenswerten Fortschritt“ – so z.B. das Weißbuch des Staatsrates über die Menschenrechte für das Jahr 2003 vom 30. März d.J. (*RMRB* 31.03.; englisch in *CD* 31.03.). Es ist das siebte Weißbuch zu diesem Thema, seit 1991 das erste veröffentlicht wurde. Es betont die verfassungsmäßige Religionsfreiheit der Bürger und stellt Fortschritte in diesem Bereich fest; es erwähnt u.a., daß es in China über 100.000 Kultstätten, 3.000 nationale und lokale religiöse Organisationen, 74 Schulen bzw. Kollegien, die von den Religionen geführt werden, sowie über 300.000 religiöse Amtsträger gebe. Jede Religion veröffentlichte ihre eigenen Schriften, Bücher und Zeitschriften. Allein die Bibel, so das Weißbuch, habe eine Auflage von 30 Mio. Exemplaren erreicht. Die Religionen entwickelten Kontakte mit 70 Ländern in der ganzen Welt.

Menschenrechte versus Freiheit durch Computer, Handy und Internet. Die eher theoretisch-politische Menschenrechtsdebatte zwischen den USA und China interessiert die „normalen“ Chinesen eigentlich wenig. Man definiert deshalb drei andere wichtige Faktoren für Veränderungen in Richtung auf mehr Freiheit in der chinesischen Gesellschaft, nämlich: Computer, Handy und Internet. Dies seien die Medien, durch die die Chinesen das äußern dürften, was sie wirklich denken. Es sei heute alles anders als noch vor zehn Jahren, wo die morgens herausgegebenen und von der Partei kontrollierten Zeitungen die Meinung der Menschen formten – hieß es in einem ausländischen Kommentar. China verfügt außerdem inzwischen über die – wie es ein anderer Kommentator bezeichnete – „größten Populationen der Welt“ in bezug auf das Internet (über 80 Mio. Nutzer) und Handy (290 Mio. Handybesitzer). Auch hier – trotz aller Restriktionen – entwickeln sich Freiheiten, die die chinesische Gesellschaft stark beeinflussen. So ist es nur ver-

stänglich, daß die Partei diese „Populationen“ kontrollieren möchte.

Und die Wirklichkeit? Auch fünfzehn Jahre nach dem Tiananmen Massaker und trotz aller „Fortschritte“ im Bereich der Menschenrechte, beklagt *amnesty international*, sitzen Tausende von Menschen in Gefängnissen und werden ihrer fundamentalen Menschenrechte beraubt. Todesurteile und Hinrichtungen sind an der Tagesordnung. Es gibt weiterhin unfaire Gerichtsverhandlungen und Folter. Meinungs-, Informations- und Religionsfreiheit sind gravierend beeinträchtigt.

Daß es im Bereich der Menschenrechte tatsächlich schwerwiegende Probleme gibt, bestätigt übrigens eine Aktion der Beijinger Zentralregierung vom Mai d.J., und zwar eine Untersuchung über Menschenrechtsverletzungen, die durch Kader bzw. Beamte begangen wurden. Bis 2003 wurden nach offiziellen Angaben 4.029 solche Fälle auf allen Ebenen aufgedeckt und bestraft.

Verhaftungen. Es häufen sich Berichte über temporäre, mehrfache Verhaftungen von Bischöfen und Priestern, insbesondere in der Provinz Hebei. So wurden in den letzten Monaten z.B. die Bischöfe JIA ZHIGUO (Zhengding), ZHAO ZHENDONG (Xuanhua), YAO LIANG (Xiwanzi), WEI JINGYI (Qiqiha'er) sowie mehrere Priester zeitweise verhaftet und dann wieder freigelassen. Die Festnahmen erfolgten jeweils in zeitlicher Nähe zu größeren kirchlichen Feiertagen oder im Vorfeld von Besuchen ausländischer Politiker. Zahlreiche christliche Persönlichkeiten sowie einige Dissidenten wurden beispielsweise im Vorfeld des Besuches von US-Vizepräsident DICK CHENEY (dessen Rede vor den Studenten in Shanghai für die Veröffentlichung zensiert wurde) im April d.J. vorläufig festgenommen bzw. isoliert. Zwei Christen wurden wegen des „Verrats von Staatsgeheimnissen an ausländische Organisationen“ verhaftet und verurteilt, wobei nicht gesagt wurde, um welche „Geheimnisse“ es sich handelte. Im Juni wurden nach Angaben der *China Aid Association* mehrere Dutzend Christen von der „Chinesischen Gemeinschaft des Evangeliums“ (*China Gospel Fellowship*) verhaftet. Die Gemeinschaft wurde Mitte der 1980er Jahre gegründet und ist illegal insbesondere in Hebei tätig. Seit März d.J., so die *China Aid Association*, häufen sich Verhaftungen von Mitgliedern protestantischer Untergrundgruppen auch in Henan. Druck wurde ferner auf Bischöfe und Priester von der Untergrundkirche in Fujian, Zhejiang, der Inneren Mongolei und Henan ausgeübt, um sie für die Patriotische Vereinigung zu gewinnen. Zwei Priester, die die natürliche Familienplanung in Hebei propagierten, wurden im Mai wegen „Störung der öffentlichen Ordnung“ verhaftet und dann – aufgrund von Medienberichten – wieder freigelassen. In Harbin (Heilongjiang) wurde ein Christ zu Tode geschlagen und 90 weitere Christen verhaftet – sie alle gehörten der illegalen Gruppe der „Diener der Drei Grade“ (*Three Grades Servants*) an. Einer der Verhafteten starb später im Gefängnis. Der geistige Führer der Gruppe, XU SHUANGFU, befindet sich ebenfalls im Gefängnis. Unverständlich bleibt des weiteren, warum z.B. ein in der Beijinger Zhongshan-Konzert-halle angesagtes Konzert, in dem auch ein Stück mit dem

Titel „Osterchor“ – geschrieben von dem chinesischen Musiker HUANG ANLUN in Anlehnung an die Bibel – aufgeführt werden sollte, kurzfristig durch das Kulturministerium abgesetzt wurde. Der Dirigent des Orchesters ist ein Christ. Er hat schon HÄNDELS *Messias* in Guangzhou und in Qingdao dirigiert – auch diese beiden Konzerte wurden zunächst storniert und dann wieder erlaubt.

Menschenrechte und die sino-vatikanischen Beziehungen. Der Vatikan hat in den letzten Monaten bereits dreimal auf die Verhaftungen von katholischen Geistlichen mit Protesterklärungen reagiert: am 10. März auf die Verhaftung von Bischof WEI JINGYI aus Qiqiha'er (der Bischof wurde nach zehn Tagen Haft entlassen), am 30. April auf die Verhaftung von Bischof JIA ZHIGUO von Zhengding und am 23. Juni auf die Verhaftung von Bischof ZHAO ZHENDONG von Xuanhua, der kurz darauf freigelassen wurde (der Bischof sei nicht verhaftet worden, so die offizielle Erklärung der Behörden, sondern habe freiwillig an einem religionspolitischen Kurs teilgenommen, der Ende Mai anfang und Mitte Juni beendet wurde). Es waren die ersten offiziellen Stellungnahmen des Vatikans zu Verhaftungen in der VR China nach sehr langer Zeit. Der Vatikansprecher JOAQUIN NAVARRO-VALLS erklärte, diese Verhaftungen vergewaltigten die Menschenrechte, insbesondere das Recht auf Religionsfreiheit, das in zahlreichen internationalen Dokumenten festgelegt sei, die von der VR China unterzeichnet wurden. Der Heilige Stuhl empfinde tiefe Sorge und Schmerz wegen dieser Verhaftungen, zumal keine Begründung dafür gegeben worden sei. Dies sei in einem Land, das sich nach dem Gesetz richte, unverständlich.

Indessen hat der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, KONG QUAN, am 15. April erklärt, daß die VR China eine klare Position gegenüber dem Vatikan habe und es am Vatikan sei, Schritte in Richtung auf die Etablierung der diplomatischen Beziehungen zu unternehmen. Wenn der Vatikan diplomatische Beziehungen mit der VR China aufnehmen wolle, müsse er zunächst die Beziehungen zu Taiwan abbrechen und dürfe sich nicht unter dem Deckmantel der Religion in die inneren Angelegenheiten Chinas einmischen.

Chinesische Religiosität: *Qingming* und HUANGDI. Bei all den religionspolitischen Maßnahmen ist es wichtig festzustellen, daß die Anzeichen der Religiosität unter dem chinesischen Volk nicht verschwinden, sondern ganz im Gegenteil immer sichtbarer werden. So kamen dieses Jahr am traditionellen *Qingming*-Fest (4./5. April), vor allem in den Städten, große Menschenmassen zu den Gräbern oder Urnenhäusern, um die Grabstätten zu reinigen und zu schmücken, Opfer darzubringen und zu beten. Offizielle Quellen sprachen für Shanghai von über 6,4 Mio. Menschen, mehr als im letzten Jahr. Zuwachs meldete man auch aus anderen „entwickelten Regionen“ wie Zhejiang, Guangdong und Fujian. Chinesische Soziologen sehen darin einen positiven Trend inmitten der ökonomischen Entwicklungen, da durch solche Bräuche Familienbande gestärkt würden. Man sieht darin auch Anzeichen für die Neuentstehung einer „Klan-Kultur“ (die anscheinend die „*danwei*-Unkultur“ ersetzen soll). Wichtig sei ebenfalls, daß an diesen Aktivitäten Kin-

der teilnahmen und dadurch die Erziehung zur Kindespietät gepflegt werde.

Beachtenswert ist des weiteren die Tatsache, daß in Huangling (Shaanxi, 165 km nördlich von Xi'an) am *Qingming*-Fest seit Jahren der Gelbe Kaiser (HUANGDI) verehrt wird. Man hat ihm dort 1992 ein Mausoleum (Tempel) gebaut, und jedes Jahr verehren offizielle Vertreter des Staates und der Provinz den legendären Herrscher als Urahn der Nation mit einer Opferzeremonie, um vor allem an die Wiedervereinigung des Landes zu „erinnern“. Die diesjährige Zeremonie wurde von mehreren Fernsehstationen *live* übertragen, und die Presse brachte diesem Ereignis große Aufmerksamkeit entgegen, so z.B. *China Daily* vom 5. April auf der ersten Seite mit einem großen Foto.

Die Zeichen des religiösen Lebens in China werden immer deutlicher, ob es sich nun um das Christentum oder den Islam, den Buddhismus, den Daoismus oder die Volksreligiosität handelt. Hierzu gibt es zahlreiche Berichte aus der jüngsten Zeit. Die Katholiken beispielsweise haben überall in China das Osterfest in der traditionellen Weise gefeiert. Berichten zufolge gab es dabei mehr Kirchgänger als im vorigen Jahr. Viele Menschen wurden am Osterfest getauft (nach den zugänglichen Berichten waren es mehr als 1.300). Auch das Fronleichnamfest wurde öffentlich mit eucharistischer Anbetung gefeiert. In den Messen am 13. Juni wurde den Katholiken verkündet, daß der Papst ein Eucharistisches Jahr ausgerufen habe, was mit großem Enthusiasmus aufgenommen wurde, da die Eucharistiefeyer das Herz des kirchlichen Lebens in China bildet. Vielerorts wurden in diesem Zusammenhang Sonderinitiativen angekündigt.

Religiosität und die Parteizugehörigkeit. Die Anzeichen für die lebendige Religiosität in der chinesischen Gesellschaft werden in der Partei sorgfältig beobachtet und analysiert. Das Politbüro der KP Chinas hat eine interne Sitzung über die religiösen Angelegenheiten abgehalten und eine Instruktion herausgegeben, in der die Behörden auf allen Ebenen zur Ausrottung von illegalen religiösen Aktivitäten und zur Förderung des Atheismus aufgerufen werden. Marxismus-Leninismus, die Ideen von MAO ZEDONG und DENG XIAOPING sowie die „Drei Vertretungen“ von JIANG ZEMIN sollen, wie der Generalsekretär der Partei, HU JINTAO, in der letzten Zeit immer wieder betonte, den Rahmen auch für die Religionspolitik bilden. Hierzu gibt es auch ein neues, im *Xuexi*-Verlag veröffentlichtes Buch mit dem Titel „Mao Zedong, Deng Xiaoping und Jiang Zemin über die Weitergabe und Förderung des Nationalgeistes“ mit Auszügen aus deren Reden.

Bekannt wurden darüber hinaus neue interne Disziplinavorschriften der Partei, die das religiöse Engagement der Parteimitglieder unter die Lupe nehmen („innerparteiliche Supervision“). Ein Parteimitglied, das sich an einer kultischen oder abergläubischen Aktivität beteiligt, wird nach diesen Vorschriften aus der Partei ausgeschlossen. Parteimitglieder, die unter dem Deckmantel der Religion gegen die Partei auftreten oder die Einheit des Landes schädigen, werden aus der Partei entlassen. Die Vorschriften sehen unterschiedliche Strafen für verschiedene „Stufen der Beteiligung“ an religiösen Aktivitäten vor. Die Veröffentli-

chung der Vorschriften zeigt, daß das wachsende Interesse der Parteimitglieder an Religion offensichtlich für die Partei ein großes Problem darstellt. Dies ist zwar kein neues Phänomen, es scheint jedoch an Intensität zugenommen zu haben.

Ein Land der Demonstrationen? Noch eine andere interessante Beobachtung machen die Kommentatoren, die zwar nicht direkt religionspolitisch ist, doch von einem neuen Geist in der chinesischen Gesellschaft zeugt. Die Zahl der Demonstrationen in China ist nach offiziellen Polizeistatistiken von 8.700 im Jahre 1993 auf 32.000 im Jahre 1999 und noch mehr in den letzten zwei Jahren, für die es noch keine Statistik gibt, gestiegen. Allein in Sichuan gab es letztes Jahr 1.500 Demonstrationen. Doch die meisten Demonstrationen finden im Nordosten Chinas statt, in dem Gebiet, das früher Mandschurei hieß, an der Grenze zu Nordkorea. Zwischen 2000 und 2002 zählte man dort 9.559 kleinere und größere Demonstrationen, d.h. fast zehn pro Tag! Doch auch anderswo gibt es Protestwellen, vor allem wegen staatlicher, oft gewaltsamer Beschlagnahmung von Land für verschiedene Bauprojekte. Ein neues Beispiel lieferten die muslimischen Bewohner aus dem Kreis Tekas bei Yili (Xinjiang), die gegen die Pläne der Regierung, ihnen ohne Kompensation Land zu nehmen, protestierten. 18.000 Menschen sollten für je 880 Yuan (anstatt der versprochenen 38.000) umgesiedelt werden, um einem Staudamm Platz zu machen. Da die meisten Bewohner dort Hirten sind, wäre es für sie schwer, adäquates Land zu finden. Auch aus Beijing werden im Zusammenhang mit den Vorbereitungen auf die Olympiade 2008 immer wieder Zwangsumsiedlungen gemeldet (man spricht sogar von 100.000 Familien mit durchschnittlich drei Personen), die allerdings von der Regierung dementiert werden. *Human Rights Watch* hat zu den Zwangsumsiedlungen in Beijing einen 45seitigen Bericht veröffentlicht.

Der Stil der Demonstrationen habe sich verändert, beobachten Experten; sie werden strikter organisiert; es gibt auch Führungsgestalten, die verschiedene Orte und Branchen vernetzen. Doch natürlich versucht die Partei auf verschiedene andere (konspirative) Weisen, diese Bewegungen zu neutralisieren. Auf beiden Seiten lernt man jedoch offensichtlich. Vielleicht wächst hier auch ein Stück Demokratie und Freiheit.

Im Zusammenhang mit der Olympiade werden übrigens in Beijing (in Chaoyang und Fengtai) auch zwei neue Kirchen mit staatlicher Unterstützung gebaut, was die semi-offizielle Tageszeitung *China Daily* sowie die Nachrichtenagentur *Xinhua* immer wieder besonders stark hervorheben und was sogar ein Thema der Sitzung der Beijinger Konsultativkonferenz am 26. Mai d.J. war (da die Stadtregierung 40 Mio. Yuan beisteuern werde). Geplant ist des weiteren die Errichtung von einigen weiteren Kirchen aus privaten bzw. kirchlichen Mitteln, so z.B. einer katholischen Kirche in Daxing. Anders als in anderen Diözesen Chinas wurden in der Diözese Beijing bisher keine neuen Kirchen gebaut, lediglich alte Kirchen wurden renoviert.

Religion als offizielles politisches Thema. Mit der Frage der Religion beschäftigte sich die Politische Konsultativkonfe-

renz des Chinesischen Volkes, die auf ihrer Sitzung am 12. März d.J. einen „verbesserten“ Artikel 14 ihrer Satzung approbierte. Dieser Artikel besagt, daß es die Aufgabe der Konsultativkonferenz auf nationaler und lokaler Ebene sei, die staatliche Religionspolitik bekanntzumachen und ihre Implementierung zu begleiten. Die Konferenz unterstütze die Regierung in der Administration der religiösen Angelegenheiten gemäß dem Gesetz. Sie unterstütze die Prinzipien der unabhängigen, innovativen und autonomen Tätigkeit der Religionen. Die Konferenz möchte behilflich sein bei der Anpassung der Religion an den Sozialismus sowie bei der Vereinigung der religiösen patriotischen Persönlichkeiten und der Gläubigen, um diese zu einer Kraft werden zu lassen, die zum Aufbau und zur Einheit des Mutterlandes beitrage.

Im Juni d.J. fand ein Seminar über die Religionsarbeit statt, das von der Politischen Konsultativkonferenz für die Kader der Provinzregierungen organisiert wurde. JIA QING-LIN, der Vorsitzende der Konsultativkonferenz, sagte bei dem Seminar, die Behörden auf allen Ebenen sollten sich mehr mit der Religionsarbeit beschäftigen und ein System der Koordination dieser Arbeit entwickeln, dabei solle man die führende Rolle der Partei in der Religionsarbeit verstärken. Mehr Kader sollten aufs Land gehen, um die religiösen Aktivitäten kennenzulernen und zu helfen, Probleme zu lösen. JIA betonte, daß die patriotischen religiösen Amtsträger eine wichtige Kraft der Einheit und der Stabilität der Nation seien und man mit ihnen eine Einheitsfront bilden solle.

China ist also entschlossen, weiterhin Kontrolle über die Religionen auszuüben, um – wie YE XIAOWEN, der Direktor des Büros für Religiöse Angelegenheiten, es formulierte – die Religionen auf den Weg der Anpassung an den Sozialismus zu führen. Bei der chinesischen Religionspolitik geht es nach wie vor darum, die Religionsangelegenheiten zu „administrieren“, „illegale Religiosität“ zu bekämpfen, „Infiltration“ zu verhindern und „kriminelle Tätigkeiten unter dem Deckmantel der Religion“ zu bestrafen.

Diese Religionspolitik kann sich nur dann ändern, wenn der Staat akzeptiert, daß das Gesetz die höchste Autorität besitzt, auch über die Partei, und wenn er die Rechte des einzelnen und der Gesellschaft vor der willkürlichen Politik der aktuell Herrschenden schützt. Dies bedeutet nicht, daß man noch mehr Verordnungen oder Gesetze betreffs Religion schaffen sollte – davon gibt es in China schon eine ganze Menge, und alles war bis jetzt nur *yizhi kongwen*. Das Verhältnis zwischen chinesischem Staat und Religion(en) bleibt also auch in der Zukunft ein andauernder Kampf.

Quellen (2004): Den chinesischen Text der geänderten Verfassung siehe *Zhonghua renmin gongheguo guowuyuan gongbao* 2004/13, S. 4-17; *Guangming ribao* 16.03.; *Renmin ribao* 16.03. Informationen: *Asia News* 16.04.; 15.06.; *BCC* 16.03.; *Ca* 2004, S. 133f., 239f.; *CD* 16.02.; 1.04.; *CWNews.com*; *FAZ* 5.03.; 4.06.; HEIKE HOLBIG, „Auf dem Weg zur konstitutionellen Einparteiherrschaft? Die Verfassungsänderungen vom März 2004“, in: *Ca* 2004, S. 259-274; *HRIC*, 26.02.; *IHT* 5.03.; 16., 24.04.; 3., 4.06.; *Kyodo News Service* 15.06.; *Le Monde* 5.03.; 4.06.; *Mercury News* 25.03.; *People's Daily Online* 28.04.; *Reuters* 23.06.; *RFA* 14.04.; *RMRB* 15.03.; *UCAN* 23.04.; 17.05.; *UPI* 24.04.; *VOA* 16.04.; www.amnesty-eu.org; www.asianews.it; www.chinaview.cn; www.

fides.org; *Xinhua* 1.03.; 14., 29., 30.04.; 26.05.; *Zhengming* 2004/4, S. 40f.; *Zhongguo xinwen she* 2.03.

ROMAN MALEK

Fortdauernde Bekämpfung von *falungong* -----

Am 25. April fanden in vielen Städten der Welt, u.a. Sydney, London, Tokyo, San Antonio und Hongkong, Veranstaltungen zum fünften Jahrestag der spektakulären Aktion der *falungong*-Anhänger vor dem Zhongnanhai (siehe *China heute* 1999, S. 35f.) statt. Sie waren verbunden mit Protesten gegen die brutalen Maßnahmen der chinesischen Regierung der Bewegung gegenüber. In diesem Zusammenhang wurde neunzehn Anhängern aus Taiwan und sechs aus Macau die Einreise nach Hongkong verweigert. Weiteren 20 Anhängern aus Taiwan, die an dem 2004 Hong Kong Falungong Exchange Meeting teilnehmen wollten, wurde gleichfalls die Einreise nach Hongkong verweigert, obwohl auch sie gültige Einreisedokumente besaßen.

Aus Hongkong hört man neuerdings schärfere Töne zu *falungong*. Die Bewegung gefährde die Stabilität von Hongkong; durch ihre Übungen und Aktionen belästigten die Anhänger die Hongkonger Bevölkerung, so daß es höchste Zeit sei, etwas dagegen zu unternehmen, um die Bewohner zu schützen – sagte der Hongkonger Delegierte LEE KOK-KEUNG während der Mai-Sitzung der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes in Beijing. Auch wenn die Anhänger von *falungong* in Hongkong nicht zahlreich seien, verursachten sie nicht wenig Verwirrung auf dem Territorium, und die Regierung solle sofort Aktionen gegen die Bewegung unternehmen, so LEE.

Der Kampf gegen *falungong* in der VR China geht indessen auf verschiedenen Ebenen weiter. In der Januar-Nummer von *Qiushi* (Suche nach Wahrheit), dem führenden Parteiorgan, wird der „neue Theismus“, der auch „Pseudo-*qigong*-Praktiken“ beinhalte, angegriffen. Auch die englischsprachige *China Daily* brachte am 7./8. Februar 2004 in Fortsetzung der Kampagne gegen *falungong* einen Artikel über die „Bekämpfung des Aberglaubens mit der Wissenschaft“ mit Hinweisen auf das Museum für Naturwissenschaften und Technologie in Beijing.

Im Zusammenhang mit den Berichten über die sich häufenden psychiatrischen Diagnosen bei Anhängern von *falungong* in den Gefängnissen (psychisch krank, suizidgefährdet, homizidal) und die Einlieferung von Anhängern in psychiatrische Anstalten (wo sie mit starken psychotropischen Medikamenten behandelt werden, die u.a. Lähmung oder gar den Tod verursachen) will die *World Psychiatric Association (WPA)* eine *fact-finding mission* nach China unternehmen. Diese Reise, die für April geplant war, wurde jedoch verschoben. Auch die für Juni geplante Reise des UN-Sonderberichterstatters für Folter wurde, wie *amnesty international* informiert, auf chinesischen Wunsch auf unbestimmte Zeit verschoben.

Es wird indessen weiterhin über Todesfälle in den Gefängnissen, die durch Folter verursacht sind, berichtet, z.B. aus Changchuns Arbeitslager Chaoyanggou sowie aus Shuangcheng (Heilongjiang). Über brutale Folter wird in der letzten Zeit auch aus den Arbeitslagern der Provinz Shandong (Changle und Wangcun) und aus Shayang (Hu-

bei) berichtet. Todesfälle wurden zudem aus den Gefängnissen in Dehui (Jilin), Harbin, Shenyang, Wuhan u.a. Orten gemeldet. Die UNO meldet in einem Bericht vom 23. März d.J. 130 Folterfälle in chinesischen Gefängnissen, davon ca. 100 bei *falungong*-Anhängern.

Weiterhin werden in der VR China auch Verhaftungen und andere Maßnahmen gegen Anhänger von *falungong* vorgenommen. In Shenzhen beispielsweise wurde ein Anhänger wegen Verbreitung von Informationen über die Unterdrückung von *falungong* zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Einige Dutzend Personen wurden in den letzten Monaten in den Provinzen Heilongjiang und Jilin verhaftet. In Hunan wurde ein Mädchen der Schule verwiesen, weil sie *falungong* praktizierte.

Über *falungong*, die Maßnahmen gegen die Bewegung in China sowie die weltweiten Aktionen informiert seit Anfang 2004 eine neue Zeitschrift, *Compassion. A Journal of Falun Dafa in the World*. Sie wird von freiwilligen Helfern aus verschiedenen Ländern redigiert und herausgegeben. Sie möchte vor allem richtige Informationen über die Lehre liefern, aber auch sachlich über die Unterdrückung der Bewegung in China berichten sowie über die Aktionen, die man dagegen unternimmt.

In ihrem Kampf gegen Verleumdung und Unterdrückung in China nutzt die Bewegung seit 2002 den Sender *New Tang Dynasty Television (NTDTV)*, stationiert in New York, und seit September 2003 die chinesische Zeitung *The Epoch Times*, die in New Jersey herausgegeben wird und eine Auflage von 690.000 Exemplaren in über 30 Ländern erreichte. Gleichfalls von New Jersey aus operiert die Gruppe *Friends of Falungong USA*, die allein im Jahre 2002 zwei Mio. US-Dollar für verschiedene Kampagnen, die über *falungong* und ihre Unterdrückung in China informieren, sammelte.

Die Regierung in Beijing versucht, *NTDTV* aus dem Äther zu verdrängen. Wie die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ (ROG) berichtet, habe die chinesische Regierung deswegen mit Holland, Frankreich und EUTELSAT verhandelt. Seit mehreren Monaten wird *NTDTV* von der chinesischen Botschaft in den USA belästigt – zahlreiche Beispiele werden in <http://www.ndtv.com> aufgelistet; dort findet sich auch eine umfangreiche Dokumentation zu *NTDTV*. Bedauerlicherweise, so ROG, haben sich einige westliche Telekommunikationsfirmen dem chinesischen Druck gebeugt und die Ausstrahlung von *NTDTV*-Programmen eingestellt.

Nach wie vor verschicken *falungong*-Anhänger aus China und aus der ganzen Welt Protestbriefe an die internationalen Organisationen, sammeln Unterschriften, organisieren Demonstrationen. Inzwischen ist auch eine Organisation entstanden, die die Unterdrückung von *falungong* untersuchen soll, die *World Organization to Investigate the Persecution of Falungong (WOIPFLG)*. Am 12. Juni d.J. veröffentlichte diese Organisation eine Dokumentation über die Verfolgung von *falungong* (*Investigation Reports on the Persecution of Falung Gong, Part I*).

Quellen (2004): *amnesty international* ASA 17/029/2004, No. 156; CNA Taipei 3.05.; *Falun Dafa Information Center* (<http://www.faluninfo.net>) [bis 31.05.]; *FEER* 15.04.; *NTDTV_Info.doc* (27.06.); *RTHK Radio 3*

audio web site 16.05.; Ta Kung Pao web site 14.05.; www.flghrwg.net;
www.rsf.org.

ROMAN MALEK

Hongkong und der Patriotismus -----

Seit einiger Zeit wird in Hongkong eine Diskussion über den Patriotismus geführt. Auslöser war ein nachdrücklicher Aufruf der Beijinger Zentralregierung, in Hongkong nur Patrioten als Vertreter des Volkes und Regierende zu wählen. Dieser Ausspruch geht auf DENG XIAOPING zurück, der bereits 1984 in einer Rede sagte, daß Patrioten über Hongkong regieren sollten. DENG XIAOPING bezeichnete als „Hongkonger Patrioten“ jemanden, der die chinesische Nation respektiere und nicht den Wohlstand und die Stabilität Hongkongs beeinträchtige. Dabei sei es ihm gleich, ob solche Menschen Kapitalisten, Feudalisten oder Sklavenhalter seien. DENG erwartete von ihnen nicht, daß sie das sozialistische System Chinas unterstützten, sondern nur, daß sie das Vaterland und Hongkong liebten.

Hinter der aktuellen Propaganda um den Patriotismus steht die Sorge darüber, daß bei den Wahlen zur Legislativversammlung im September d.J. prodemokratische Kräfte gewinnen und die Zentralregierung die Kontrolle über Hongkong verlieren könnte. So müssen z.B. künftig alle Reformpläne Hongkongs vorab der chinesischen Regierung vorgelegt und von ihr gebilligt werden – bestimmte am 6. April der Nationale Volkskongreß in Beijing. Bei dieser Propaganda wurde der Patriotismus zum Instrument gegen die prodemokratischen Kräfte. China will darüber hinaus mit einem Eingriff in die Verfassung Hongkongs seine politische Kontrolle verstärken und keine Direktwahlen des Regierungschefs zulassen.

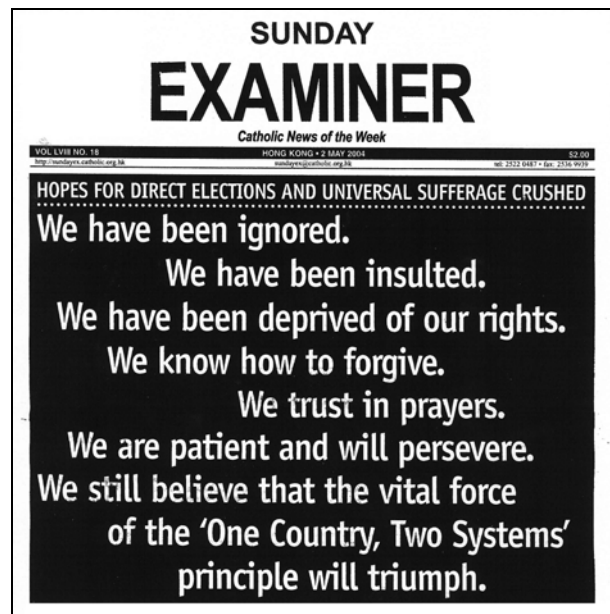
Beijing definiert, wer in Hongkong ein „wahrer Patriot“ ist, und Patriotismus wird mit Loyalität zur KP Chinas gleichgesetzt. Als unpatriotisch werden z.B. die Bedrängung der Hongkonger Regierungsverwaltung, Aktivitäten gegen die Sicherheitsgesetzgebung (Art. 23), die Organisation von Aktivitäten gegen die Zentralregierung, die Ermütigung zur ausländischen Einmischung in Hongkonger Angelegenheiten, die Unterstützung der Unabhängigkeit Taiwans u.v.a. bezeichnet.

Die Hongkonger antworteten auf diese Debatte mit dem Spruch: *aiguo bushi aidang* (Patriotismus bedeutet nicht Liebe zur Partei). Diskutiert wird in diesem Zusammenhang, wie schon vor der Übernahme im Jahre 1997, die Frage der Hongkonger Identität, die – wie sich zeigt – eng mit Politik verbunden ist.

In die Diskussion um den Patriotismus griff auch der Hongkonger katholische Bischof JOSEPH ZEN ein und sagte, daß er mit der Feststellung, „die Mehrheit der Hongkonger ist patriotisch“, nicht einverstanden sei, denn – so ZEN – 100% der Hongkonger seien patriotisch, und wenn jemand behauptete, daß einer in Hongkong dies nicht sei, müsse er dies beweisen.

Neben dem Patriotismus schwebt über Hongkong ein weiteres Konfliktthema, nämlich die Frage der Schulen. Unter dem Stichwort „Demokratisierung des Schulwesens“ und mit der Einführung von *Management Committees* an den Schulen, die selbstständige, von den Trägern unab-

hängige (aber von der Zentralregierung genehmigte) Gremien sein sollen, will die Zentralregierung mehr Einfluß auf das Hongkonger Schulwesen gewinnen, das sich traditionellerweise mehrheitlich in privaten Händen, und das heißt vor allem in den Händen der christlichen Kirchen befindet (allein die katholische Kirche führt über 300 Schulen). Bischof ZEN reagierte auf diese Überlegungen mit einem Brief an die Hongkonger Legislative, in dem er darauf hinwies, daß es unverantwortlich wäre, die von der Zentralregierung vorgeschlagene Formel zu akzeptieren; die Vorschläge liefen darüber hinaus dem Hongkonger Grundgesetz zuwider. In einer Erklärung vom 7. Juni stellte Bischof ZEN fest, daß es dabei gar nicht um Demokratisierung geht, ein Prozeß, der selbstverständlich sei, sondern um die Entmachtung der Kirchen im Bereich der Erziehung. Die katholischen Erziehungseinrichtungen Hongkongs protestierten in einem Statement gegen den Gesetzesentwurf, die sog. „Education (Amendment) Bill 2002“ (den Text des Protestes siehe SE 13.06.2004, S. 12).



Titelseite des *Sunday Examiner* vom 2. Mai 2004.

Um „Trauer und Zorn“ über das Ende April vom Nationalen Volkskongreß ausgesprochene Verbot von Direktwahlen für den Hongkonger Regierungschef 2007 und den Legislativrat 2008 zum Ausdruck zu bringen, trugen die katholischen Zeitungen der Diözese am 2. Mai d.J. auf der Titelseite ein großes schwarzes Fenster, in dem folgender Text zu lesen war: „Wir wurden ignoriert. Wir wurden beleidigt. Wir wurden unserer Rechte beraubt. Wir wissen, wie man vergibt. Wir vertrauen auf das Gebet. Wir sind geduldig und bleiben standhaft. Wir glauben immer noch daran, daß die Lebenskraft des Prinzips ‚Ein Land, zwei Systeme‘ siegen wird.“

Eine weitere Antwort auf die Beijinger Vorschläge und Maßnahmen war eine Welle prodemokratischer Demonstrationen in verschiedenen Formen. Am Ostersonntag organisierte man eine prodemokratische Demonstration mit ca. 20.000 Teilnehmern. Am Vorabend gab es ein Gebetstreffen junger Menschen, zu denen u.a. Bischof ZEN

sprach, wobei er die Absichten des Nationalen Volkskongresses im Hinblick auf Hongkong kritisierte. Auch zum 15. Jahrestag von Tian'anmen am 4. Juni fanden eine große Vigil und eine Demonstration mit über 5.600 Menschen statt (es waren mehr Teilnehmer als im letzten Jahr). An der Demonstration nahm auch der Hongkonger Bischof teil (den Text seiner Rede siehe SE 13.06.2004, S. 1). Zum ersten Mal wurde hier die Frage der Demokratie in Hongkong in Zusammenhang mit dem Tian'anmen-Massaker gebracht. Bischof ZEN sagte nämlich, daß die einseitige Interpretation des Hongkonger Grundgesetzes durch den Beijinger Nationalen Volkskongreß und die daraus resultierenden politischen Konsequenzen eine „Hongkonger Version des 4. Juni“ seien. Der Bischof rief im Victoria Park dazu auf, sich für die Beachtung des Prinzips „ein Land, zwei Systeme“ einzusetzen und sich gegen jede Einschränkung der Meinungsfreiheit zu wenden.

Bereits vor diesen Veranstaltungen rief Bischof ZEN die Gläubigen zur Teilnahme auf, da solche Aktivitäten ein „Einsatz für Gerechtigkeit und Menschenrechte“ seien, sie dienten auch der „Erziehung zur Demokratie“. Im Geiste von JOHANNES PAUL II. bauen wir, so Bischof ZEN, den Frieden auf der Gerechtigkeit auf. Im Gegensatz dazu bat der Präsident der Hongkonger Buddhistischen Vereinigung, Meister KOK KWONG, die Hongkonger, nicht an den Demonstrationen teilzunehmen, um die soziale Stabilität aufrechtzuerhalten.

Wie vor anderen prodemokratischen Demonstrationen rief Bischof ZEN die Katholiken immer wieder dazu auf, auch an der Demonstration am 1. Juli, dem Jahrestag der Übernahme Hongkongs im Jahre 1997, teilzunehmen (siehe z.B. *Kung Kao Po* und *Sunday Examiner* vom 27. Juni). Einige Tage vor der Demonstration, am 25. Juni, kam es zu einem formellen Treffen des Bischofs mit den Beamten des *Liaison Office* in Hongkong, wo er auch seine Aufrufe zur Demonstration erklärte und rechtfertigte. Es seien Anregungen und nicht Anstachelungen. Darüber hinaus handle es sich um eine friedliche Demonstration für die Demokratie und das Prinzip „ein Land, zwei Systeme“, es sei eine Erinnerung an den Übergang am 1. Juli 1997, doch es sei ein Protest und keine Prozession – betonte der Bischof.

Wie voriges Jahr gab es am Vorabend des 1. Juli ökumenische Gebetstreffen und Gespräche, an denen auch Bischof ZEN, Priester und zahlreiche Ordensleute teilnahmen. An der Demonstration am Tag selbst nahmen dann über 530.000 Menschen teil. (An der offiziellen Feier zum siebten Jahrestag des Überganges nahmen 3.000 Personen teil, und ca. 43.000 Personen besuchten die an diesem Tag zugängliche Hongkonger Garnison der Volksbefreiungsarmee.) Wie bereits im letzten Jahr sprach Bischof ZEN zu den Massen und wies auf die antidemokratischen Tendenzen in der Hongkonger Politik hin. Er sagte, es sei genauso richtig, für die Demokratie zu demonstrieren, wie die Rückkehr Hongkongs zum Mutterland zu feiern. – Die Medien in der VR China berichteten nicht über diese Demonstration, und der Empfang der Berichte ausländischer Sender darüber wurde gestört.

Zwei Ereignisse in Hongkong zeugen allerdings von einem neuen Klima im Bereich der Religionspolitik. Zum

einen wurde dem Hongkonger Bischof ZEN erlaubt, nach sechs Jahren Einreiseverbot seine Heimatstadt Shanghai zu besuchen. Der Besuch fand vom 28.–30. April statt. Bischof ZEN traf während dieses als „privat“ bezeichneten Besuches mit dem offiziellen Bischof ALOYSIUS JIN LUXIAN zusammen (der sich zu dieser Zeit im Krankenhaus befand), er zelebrierte öffentlich eine Hl. Messe in der Marienbasilika in Sheshan und speiste mit den Priestern und Seminaristen des Priesterseminars. Während des Besuches wurde der Bischof von seiner 80jährigen Schwester, die in Shanghai lebt, begleitet. Die Kommentatoren messen diesem Besuch jedoch weit größere als nur „private“ Bedeutung bei, obwohl – wie der Bischof selbst feststellte – er keine Vertreter der Behörden traf. Auch ZEN äußerte die Hoffnung, daß diese Besuchserlaubnis „der erste Schritt auf dem Weg zu mehr Dialog“ sei.

Zweitens gab es ein Treffen zwischen LIU YANDONG, der Chefin der Einheitsfrontabteilung der KP Chinas und Vizepräsidentin der Politischen Konsultativkonferenz, und den beiden Hongkonger Bischöfen ZEN und TONG. Zu dem Treffen kam es am 26. Mai d.J. (BUDDHAS Geburtstag) anläßlich der Überbringung der Buddhafingerreliquie aus Xi'an nach Hongkong und eines damit verbundenen Empfangs. An dem Treffen nahmen auch der Direktor des Büros für Religiöse Angelegenheiten, YE XIAOWEN, sowie die offiziellen Vertreter der sechs Religionen Hongkongs teil. In einem Interview bewertete Bischof ZEN anschließend beide Ereignisse positiv als neue Chancen des Dialoges, da chinesische Delegationen in den letzten Jahren Treffen mit der katholischen Kirche in Hongkong vermieden hatten. Gleichzeitig beklagte er, daß verschiedene Persönlichkeiten des prodemokratischen Lagers vom Treffen mit Frau LIU ausgeschlossen wurden und daß die Chance, mit Andersdenkenden einen Dialog aufzunehmen, verpaßt wurde. Nichtsdestoweniger hoffe der Bischof, daß beide Ereignisse der Beginn von besseren Beziehungen seien. In einem anderen Interview stellte ZEN fest, daß einige Hongkonger Medien nicht mehr objektiv über Hongkong berichteten und dadurch zu Mißverständnissen beitragen. Wenn aber die Regierungsstellen in Beijing und in Hongkong ihre Aktionen auf Mißverständnissen gründeten, dann komme es vor, daß diese Aktionen eben falsch seien.

Hongkong wird nach wie vor als Test für die Bereitschaft der chinesischen Behörden angesehen, die Demokratie und das vereinbarte System „ein Land, zwei Systeme“ zu respektieren. Leider schrumpfen die demokratischen Bereiche immer mehr, wodurch sich Bedenken über die Zukunft erheben. Die Stimme der katholischen Kirche in dieser Situation, verkörpert in Bischof ZEN, wird daher immer wichtiger – auch als ein Beispiel des Mutes und des Engagements für die Bischöfe in der VR China.

Quellen (2004): BR 15.04., S. 28f.; Ca 2004, S. 145-149; FAZ 25.02.; 5.,7.04.; 2.07.; FEER 18.03., S. 34-37; IHT 2.,9.03.; 8.04.; 31.05.; Le Monde 4.03.; RTHK Radio 3 audio web site 4.,26.05.; 4.06.; 1.07.; SCMP 4.05; 5.06.; SE 25.04.; 9.,30.05.; 13.06.; UCAN 27.05.; 2.06.; ROSE WU, „The Patriotism Debate and the Direction of Hong Kong's Civil Movement“, in: *Hong Kong Christian Institute Newsletter* 186, March 2004; www.asianews.it; www.hkci.org.hk; www.ucanews.com; *Zhengming* 2004, No. 3, S. 66; No. 4, S. 65f.

ROMAN MALEK

Nachrichten aus dem Buddhismus -----

Arbeitsplan der Buddhistischen Vereinigung für 2004: „Fortschrittliche Klöster“ sollen zum spirituellen Aufbau beitragen.

Am 2. Februar d.J. tagte im Beijinger Freundschaftshotel die auf 60 Personen erweiterte Versammlung der Vorsitzenden der Chinesischen Buddhistischen Vereinigung, des offiziellen „Dachverbands“ der Buddhisten in der VR China.

Der Vorsitzende der Buddhistischen Vereinigung, Meister YICHENG, bezeichnete die Ausbildung von Personal als Schlüsselfrage für das künftige Wohl oder Wehe des Buddhismus. Trotz großer Anstrengungen in den letzten zwanzig Jahren gebe es „aus verschiedenen Gründen“ immer noch nicht genügend gut ausgebildete Kräfte. Zudem forderte er den „Aufbau eines spirituellen Stils“ (*daofeng jianshe*). In den Klöstern bestünden „ernsthafte Herausforderungen“: zunehmende „Verflachung des Glaubens und Lockerung der religiösen Disziplin bis hin zu Verschwendung, Genußstreben und sittlicher Verkommenheit“. Auch wenn diese Phänomene nur einzelne Personen oder Klöster betreffen, seien sie eine schwerwiegende Gefahr für die zukünftige Entwicklung des Mönchtums insgesamt und der buddhistischen Sache.

Der achtpunktige Arbeitsplan für 2004, vorgetragen vom Vizevorsitzenden SHENGHUI, betont die Stärkung der buddhistischen Organisationen und Gremien. Geplant ist u.a. eine landesweite Versammlung der Klöster des Han-chinesischen Buddhismus (*Hanchuan fojiao*) zum Austausch „fortschrittlicher Erfahrungen“ (*xianjin jingyan*). Auf dessen Grundlage sollen „fortschrittliche Klöster“ ausgewählt und mit der Verbreitung ihrer Erfahrung, besonders im Bereich des moralischen Aufbaus, betraut werden. Großen Raum nehmen ferner Pläne für den freundschaftlichen Austausch mit dem Ausland ein, insbesondere mit Korea und Japan. Konkret benannt werden u.a. eine Ausstellung der Buddhafingerreliquie in Hongkong (siehe oben in den INFORMATIONEN) und eine gemeinsame Konzerttournee festlandchinesischer und taiwanesischer Mönche (siehe unten). In einem kurzen siebten Punkt wird auch die buddhistische Wohltätigkeit angesprochen; genannt werden Hilfe für Arme, Behinderte und Alte, das Projekt Hoffnung (Schulbildung für Kinder aus armen Familien), der Bau von Brücken und das Reparieren von Straßen.

Insgesamt war die Versammlung – zumindest den veröffentlichten Berichten nach zu schließen – sehr stark von politischen Themen und Schlagwörtern geprägt, die jeweils den innerbuddhistischen Anliegen vorangestellt wurden. So nannte YICHENG in seiner Rede als ersten Arbeitsschwerpunkt der Buddhistischen Vereinigung „Liebe für das Land und die Religion“ sowie weitere „Anpassung an den Sozialismus“.

Quelle: *Fayin* 2004/3, S. 3-6.

Neue Äbte. Zwei führende Gestalten des offiziellen Buddhismus haben neue Positionen als Äbte angetreten: Meister XUECHENG, Stellvertretender Vorsitzender und Generalsekretär der Buddhistischen Vereinigung, wurde am 16. Januar Abt des Tempels Famensi in der Provinz Shaanxi, und Meister SHENGHUI, ebenfalls Stellvertretender Vor-

sitzender der Buddhistischen Vereinigung, wurde am 2. Februar Abt des Klosters Daciuyan in Tianjin.

Quelle: *Fayin* 2004/2, S. 34f., 2004/3, S. 28.

„Buddhistische Musikvorführung von beiden Seiten der Taiwanstraße“. Der offizielle buddhistische Austausch zwischen Festlandchina und Taiwan, an dem von taiwanesischer Seite insbesondere das politisch rege Kloster Foguangshan beteiligt ist, hat ein neues Großprojekt durchgeführt: Eine 130köpfige buddhistische Musiktruppe mit Mönchen aus Festlandchina und Taiwan gastierte im Februar und März 2004 mit einem Konzertprogramm in Taiwan, Hongkong, Macau, den USA und Kanada. Sie kamen aus acht bekannten Tempeln, darunter der Shaolin-Tempel in Henan, das Kloster Labrang in Gansu, der Yonghegong in Beijing, der Nanputuo-Tempel in Fujian, der Zhongfosi in Yunnan und der Foguangshan in Taiwan. Damit repräsentierten sie, so ein Bericht der staatlichen Nachrichtenagentur *Xinhua*, die drei Zweige des Buddhismus in China, nämlich den chinesischen, den tibetischen und den Pāli-Buddhismus. Gemeinsame Veranstalter der Tournee waren die Chinesische Buddhistische Vereinigung und der Foguangshan, vertreten durch Meister SHENGHUI und Meister XINGYUN (HSINGYUN).

Wie ein Artikel der in Taiwan erscheinenden *China Post* bemerkt, reisen vor allem buddhistische und daoistische Gruppen vom Festland nach Taiwan. Christliche Besucher aus der VR China seien hingegen eine Seltenheit, da Christen schärferer Kontrolle durch die chinesische Regierung unterworfen seien, die ihre Auslandskontakte einschränke. Jährlich erhalten etwa 1.000 chinesische Besucher Einreiseerlaubnis nach Taiwan für religiöse Zwecke. Eine kleine Minderheit mißbrauche jedoch diese Erlaubnis, indem sie nach der Einreise kurzfristig die genehmigten Reisepläne ändere und beispielsweise mit religiösen Bildern oder Statuen durchs Land ziehe, um taiwanesischen Anhänger oder Spender zu werben.

Quellen (2004): *China Daily* 25.02.; *China Post* 29.06.; *Fayin* 2004/3, S. 38-44; *Xinhuanet* 21.03.

Eine neue buddhistische Lehrstätte mit internationaler Ausrichtung soll in Yangzhou (Provinz Jiangsu) entstehen. Das „Jianzhen Buddhist Institute“ werde als einziges in China auch Postgraduiertenstudien anbieten, berichtete *China Daily* am 23. März. Der buddhistische Tempel Damingsi in Yangzhou sei für den Bau verantwortlich, der im Oktober 2004 beginnen soll, die benötigten Gelder kämen zum Teil auch aus Taiwan und Hongkong. Die Studienstätte wolle ihre Absolventen befähigen, „mit ausländischen Mönchen und Nonnen zu kommunizieren“, erklärte Meister SHENGYAN vom Damingsi. Im Lehrplan seien daher auch Fremdsprachen und Auslandsstudien – etwa in Japan oder Indien – vorgesehen. Es sollen ausländische Wissenschaftler und Mönche als Dozenten eingeladen und in einem späteren Stadium auch ausländische Studierende aufgenommen werden. In der Anfangsphase sollen in China jedoch nur Mönche und Nonnen als Studenten rekrutiert werden. Die Lehrfächer werden buddhistische Studien, Tempel-Management, buddhistische Kunst und interkulturelle Kommunikation umfassen. Vorgesehen sei auf dem für 1.250 Studenten ausgelegten Campus auch ein Bereich für das Praktizieren des

Buddhismus, heißt es in dem Bericht von *China Daily*. – Ob die Studienabschlüsse des Instituts staatlich anerkannt werden sollen, erwähnt der Bericht allerdings nicht. Bisher ist dies bei religiösen Ausbildungsstätten in China – z.B. den theologischen Seminaren der christlichen Kirchen – nicht der Fall.

Bereits im Juli 2003 war an der Universität Xiamen erstmalig gemeinsam von der buddhistischen und der wissenschaftlichen Welt ein Zentrum für die Erforschung des Buddhismus gegründet worden (vgl. *China heute* 130, S. 200).

Neues Tibet-Weißbuch und die Lage der Religionsfreiheit in Tibet. Die Verwirklichung voller Glaubensfreiheit für die Tibeter beansprucht ein Weißbuch mit dem Titel „Regionale ethnische Autonomie in Tibet“, das das Informationsbüro des Staatsrats im Mai 2004 herausgegeben hat. Punkt IV. des Weißbuchs trägt die Überschrift „Das Tibetische Volk hat die Freiheit, seine traditionelle Kultur zu erben und zu entwickeln und seinen religiösen Glauben zu praktizieren“. Dort heißt es:

Die Tibeter genießen volle Freiheit des religiösen Glaubens. Die meisten Menschen aus den ethnischen Gruppen der Tibeter, Moinba, Lhoba und Naxi glauben an den tibetischen Buddhismus, während andere an den Islam oder den Katholizismus glauben. Gegenwärtig gibt es in der Region über 1.700 Stätten für Aktivitäten des tibetischen Buddhismus mit etwa 46.000 ansässigen Mönchen und Nonnen, vier Moscheen mit etwa 3.000 Muslimen sowie eine katholische Kirche mit über 700 Gläubigen. Religiöse Aktivitäten unterschiedlicher Art werden normal abgehalten, wobei die religiösen Bedürfnisse der Bevölkerung voll befriedigt werden und die Freiheit ihres religiösen Glaubens voll respektiert wird. Das System der Weitergabe der Linie der Reinkarnation eines großen Lamas nach dessen Tod ist einzigartig im tibetischen Buddhismus und wird vom Staat und den Regierungen auf allen Ebenen respektiert. [...] Seit der demokratischen Reform Tibets sind insgesamt 30 Lebende Buddhas vom Staat und der Regierung der Autonomen Region anerkannt worden. [...]

Daß die Lage der tibetischen Buddhisten jedoch weiter angespannt bleibt, zeigen u.a. neuere Berichte von *Radio Free Asia*. So soll ein junger Mönch des Klosters Ganden am 12. Februar verhaftet worden sein, nachdem Beamte der Öffentlichen Sicherheit bei einer heimlichen Durchsuchung seines Zimmers ein Foto des DALAI LAMA und eine tibetische Nationalflagge gefunden hatten. Vier tibetische Nonnen, die 1998 zum Studium nach Indien geflohen waren, sollen nach ihrer Rückkehr am 28. Februar 2004 in Ganzi (tibetisch: Kardze, Provinz Sichuan) verhaftet worden sein. Am 20. März seien sie freigelassen worden, nachdem Verwandte eine Geldstrafe von 3.500 *Yuan* bezahlt hatten. Wie erst jetzt bekannt wurde, soll ferner im Oktober 2002 der Zeremonienmeister (*umdze*) des Klosters Sera, KHENPO LOBSANG CHODAK, aus dem Kloster verwiesen worden sein, weil er Gebete für den DALAI LAMA sprach. Freigelassen wurde im Februar nach fast fünfzehnjähriger Haft die Nonne PHUNTSOG NYIDRON. Internationale Menschenrechtsorganisationen und die amerikanische Regierung hatten sich wiederholt für ihre Freilassung eingesetzt; die chinesischen Behörden bezeichneten sie als humanitäre Geiste zum tibetischen Neujahrsfest.

Quellen (2004): *Epoch Times* 4.05.; *TIN News Digest* 8., 23.04.; 7.05.; *Washington Post Foreign Service* 27.02.; voller Text des Weißbuchs in englischer Sprache in *Xinhua* 23.05.

Stillstand im Dialog zwischen DALAI LAMA und Beijing? „Es ist meine Hoffnung, daß wir bezüglich unserer Beziehungen zur chinesischen Regierung in diesem Jahr einen signifikanten Durchbruch erleben werden“, erklärte der DALAI LAMA optimistisch in seiner Botschaft vom 10. März 2004 zum 45. Jahrestag des tibetischen Aufstands von 1959. Er hoffe, daß seine Gesandten in Kürze nach China reisen können, um den bei ihren Besuchen im September 2002 und Mai/Juni 2003 begonnenen Dialog mit der chinesischen Regierung fortzusetzen.

Beobachter sehen jedoch derzeit kaum eine Chance für diesen – von der chinesischen Seite von vornherein heruntergespielten – Dialog. Ein Zeichen dafür sei die Tatsache, daß die bereits für Herbst letzten Jahres erwartete dritte Reise der Gesandten des DALAI LAMA bislang nicht zustande kam. Als Hinweis auf eine härtere Linie der chinesischen Regierung gegenüber dem DALAI LAMA wird auch das o.g. Tibet-Weißbuch von Mai 2004 gewertet, insbesondere dessen abschließender Absatz; dort heißt es:

Das Schicksal und die Zukunft Tibets können nicht länger vom DALAI LAMA und seiner Clique bestimmt werden. Sie können vielmehr nur von der ganzen chinesischen Nation, das tibetische Volk eingeschlossen, entschieden werden. Dies ist eine objektive politische Tatsache in Tibet, die sich nicht verleugnen oder erschüttern läßt. [...] Es ist zu hoffen, daß der DALAI LAMA der Realität ins Gesicht sehen, die gegenwärtige Situation richtig beurteilen, sein Eintreten für die „Unabhängigkeit Tibets“ wirklich aufgeben und in den ihm verbleibenden Jahren etwas Nützliches für den Fortschritt Chinas und der Region Tibet tun wird.

Ein Kommentar des *Independent* sieht zudem die internationale Unterstützung für den DALAI LAMA mit dem Aufstieg Chinas als globale Macht zunehmend schwinden. Niemand wolle sich mit China anlegen. Dies betreffe die europäischen Regierungschefs ebenso wie Chinas Nachbarstaaten. Auch Indien und Nepal, die für die Exiltibeter eine besondere Rolle spielen, gerieten in der Tibetfrage zunehmend unter chinesischen Druck. Zuletzt wurde dem DALAI LAMA Anfang Juni das russische Visum verweigert. KIRSAN IL-YUMZHINOV, Präsident der russischen Republik Kalmückien, kündigte am 3. Juni an, daß die kalmückischen Buddhisten deswegen eine Klage beim russischen Verfassungsgericht planen. Der mongolische Volksstamm der Kalmücken, der ca. 45% der Bevölkerung der gleichnamigen Republik stellt, hängt überwiegend dem tibetischen Buddhismus an.

Auch innerhalb der exiltibetischen Gemeinschaft identifizieren sich nicht alle mit dem DALAI LAMA und seiner China-Politik. Es scheint, daß frustrierte junge Exiltibeter seiner „Politik des mittleren Wegs“, die auf einen friedlichen Dialog mit China und Autonomie statt Unabhängigkeit für Tibet setzt, zunehmend kritisch gegenüberstehen. „Wir sind keine Mönche“ lautet der Titel eines neuen Films über das Leben tibetischer Jugendlicher im Exil, der im Februar in die indischen Kinos kam. Der Regisseur PEMA DHONDUP will darin mit Stereotypen über die friedlichen Tibeter aufräumen – einer der jugendlichen Protagonisten des

Films verübt einen antichinesischen Terroranschlag. Der Filmemacher erklärte in einem Interview: „Gewaltlosigkeit heißt Nichtstun. Die tibetische Sache bewegt sich nicht vorwärts, und es könnte notwendig sein, die Herangehensweise zu ändern.“

Doch scheinen jüngere Tibeter innerhalb der VR China auch neue, ganz andere Formen der Verteidigung tibetischer Identität und Interessen zu entwickeln. *Tibet Information Network (TIN)* sieht Anzeichen dafür, daß eine „junge, gut ausgebildete Generation von Tibetern“ beginnt, sich mit „Entschlossenheit und Geschick“ um den „Respekt der chinesischen Gesellschaft für die Tibeter, ihre Kultur und besonders ihre religiösen Gefühle zu bemühen, ohne die Macht der staatlichen Behörden herauszufordern“ und ohne die engen Grenzen der freien Meinungsäußerung in der Volksrepublik zu überschreiten. Als Zeugnis hierfür nennt *TIN* einen offenen Brief, den eine Gruppe junger Tibeter, die in verschiedenen Städten der VR China leben, am 22. Juni 2004 geschrieben hat. Darin drängen sie die chinesischen Behörden, zu verhindern, daß der für seine Durchschwimmungen von Seen und Flüssen berühmte chinesische Sportdozent ZHANG JIAN am 31. Juli durch den für Tibeter heiligen Namtso-See (chin. Namco) nördlich von Lhasa schwimmt. Sie argumentieren, daß der Plan des Sportlers, den seit Generationen als heilig verehrten und als „wichtige Stätte für religiöse Aktivitäten“ betrachteten See zu durchschwimmen, für Tibeter „blasphemisch“ und völlig inakzeptabel sei. Ihr Anliegen, dieses Unternehmen zu stoppen, sei „patriotisch“, da sie verhindern wollten, „daß ethnische Gefühle verletzt und die ethnische Einheit sabotiert werden“, die sie „sehr hoch schätzen“. Gleichzeitig, wohl in Sorge vor kontraproduktiven Überreaktionen, drängen sie ihre tibetischen Landsleute, „mit Rationalität und Nüchternheit zu handeln und in Übereinstimmung mit der Verfassung und den Gesetzen stehende normale Kanäle“ zu nutzen, um ZHANG JIANs Seedurchquerung zu verhindern. Der Brief ist u. a. an die Nationale Kommission für Ethnische Angelegenheiten, das Nationale Büro für Religiöse Angelegenheiten und die Regierung der Autonomen Region Tibet gerichtet. Es muß sich noch zeigen, welche Wirkung er erzielen wird.

Quellen (2004): *BBC online* nach *Tibet und Buddhismus* 69 (April–Juni 2004), S. 39; *Independent* 28.05.; *Radio Free Asia* 24.05.; *Times of Tibet* 9.03.; *TIN News Digest* 7.05.; 4.06.; *TIN News Update* 28.06.; *Xinhua* 23.05.

Offene Türen für Rückkehr des Karmapa. Im Mai berichtete die chinesische Nachrichtenagentur *Xinhua* überraschend, Lamas im Kloster Tsurphu (bei Lhasa, Sitz der Karmapas) warteten auf die Rückkehr des KARMAPA LAMA UGYEN TRINLEY DORJE, der Anfang 2000 von Tibet nach Indien geflohen war. Denn dieser habe in seinem Abschiedsbrief erklärt, er wolle im Ausland nur Musikinstrumente und die schwarze Mütze seiner Vorgänger holen und beabsichtige keineswegs, den Staat, die Nation, das Kloster oder die Führung zu verraten. Genau die gleiche Sprachregelung hatte *Xinhua* vor viereinhalb Jahren unmittelbar nach der Flucht des damals Vierzehnjährigen verwendet. Anscheinend will die chinesische Regierung dem dritthöchsten Würdenträger des tibetischen Buddhismus, der vom DALAI LAMA und der

chinesischen Regierung anerkannt ist und von letzterer „patriotisch“ erzogen wurde, immer noch die Rückkehr offenhalten. „Die meisten buddhistischen Lamas im Kloster glauben, was der KARMAPA in seinem Brief gesagt hat,“ zitiert *Xinhua* den Direktor des Klosterverwaltungskomitees von Tsurphu. „Wir brauchen ihn dringend hier.“

Quelle: *Xinhua* 30.5.2004.

KATHARINA WENZEL-TEUBER

Nachrichten aus dem Islam -----

Erste muslimische Delegation aus Taiwan macht offiziellen Besuch in China. Während der buddhistische (siehe oben) und der daoistische Austausch zwischen beiden Seiten der Taiwanstraße schon recht rege sind, steckt der muslimische Austausch zwischen Festlandchina und Taiwan erst in den Anfängen. Zum ersten Mal seit 54 Jahren hat nun Berichten zufolge eine Delegation der taiwanesischen „Chinesischen [sic] Muslimischen Vereinigung“ (*Zhongguo huijiao xiehui*) Festlandchina besucht. Wie die offizielle Zeitschrift der Muslime in der VR China, *Zhongguo Musilin*, meldet, besuchte die elfköpfige Delegation vom 21.–27. September 2003 die Provinz Jiangsu. Es handelte sich um einen Gegenbesuch – im Dezember 2002 hatten Vertreter der Islamischen Vereinigung der Provinz Jiangsu Taiwan besucht.

In Taiwan gibt es nach Angaben des Informationsbüros der taiwanesischen Regierung etwa 54.000 ansässige Muslime (Stand 2000), hinzu kommen Zehntausende von Gastarbeitern aus Indonesien und Malaysia. Die Muslime Taiwans haben 34 Mullahs, sechs Moscheen, fünf Bibliotheken und einen Verlag. Die Zahl der Muslime in der VR China schätzt der Experte für chinesischen Islam DRU GLADNEY auf etwa 20 Millionen.

Quellen: DRU C. GLADNEY, „Islam in China: Accomodation or Separatism“, in: DANIEL L. OVERMYER (Hrsg.), *Religion in China Today*. The China Quarterly Special Issues New Series, No. 3 (Cambridge NY 2003); *The Republic of China Yearbook – Taiwan 2002*, zitiert nach www.roc-taiwan.org/taiwan/5-gp/yearbook/chpt25-7.htm; *Zhongguo Musilin* 2004/1, S. 50.

Eine „erste Generation weiblicher Imame“ hat im vergangenen Jahr im Westen der VR China ihre Arbeit aufgenommen. Diese erstaunliche Nachricht brachte *People's Daily Online*, die englischsprachige Website der amtlichen Zeitung *Renmin ribao*, am 24. August 2003. Imaminnen gibt es demnach bereits in den Provinzen Ningxia, Gansu, Qinghai und Yunnan. Die meisten von ihnen kommen aus traditionell religiösen Familien und sind über 40 Jahre alt. Aus dem Bericht geht nicht klar hervor, seit wann genau es Imaminnen in China gibt. Vorgestellt wird eine Frau, die 2002 die Prüfung der Islamischen Vereinigung von Ningxia bestand und dann Imamin in der Wunan-Moschee in der Stadt Wuzhong wurde, wo sie in einem kleinen [Neben]hof vor Frauen predigt. Unter den derzeit 5.000 registrierten Imaminnen in der Provinz Ningxia, wo ein Drittel der chinesischen Hui-Muslime leben, seien „nur“ 30 Frauen. Weibliche Imame gebe es einzig in China, heißt es in dem Bericht. Doch das Auftreten von weiblichen Imamen und von Moscheen, die nur Frauen für Gebet sowie Arabisch- und Koranstudien offenstünden, liege im Trend der Zeit. Dadurch könne muslimischen Frauen geholfen werden, die wegen mangelnder Bildung Angst vor der modernen Ent-

wicklung der Gesellschaft haben, „ungesunde Gedanken“ zurückzuweisen und unter dem Einfluß des Koran „gesunde Dinge“ zu tun.

China fordert erneut Einschreiten gegen ostturkestanische Gruppen in Deutschland. Wie *China Daily* berichtet, hat das chinesische Ministerium für Öffentliche Sicherheit am 16. April 2004 die deutschen bzw. bayrischen Behörden aufgerufen, wachsam gegenüber „ostturkestanischen‘ terroristischen Gruppen“ zu sein. Für den 16.–18. April sei in München ein Treffen ostturkestanischer Organisationen geplant mit dem Ziel, eine „vereinigte Organisation für terroristische und separatistische Aktivitäten“ zu gründen. Zwei der teilnehmenden Organisationen, der *World Uyghur Youth Congress* und das *East Turkestan Information Centre* (beide mit Sitz in München), seien von der chinesischen Regierung bereits als terroristisch identifiziert worden (im Dezember 2003, vgl. *China heute* 131-132, S. 13f.). Man habe Beweise, daß „ostturkestanische‘ Kräfte“ in China und im Ausland Explosionen, Morde, Vergiftungen, Brandstiftungen und andere terroristische Gewaltakte in Xinjiang und anderen Teilen Chinas sowie in einigen anderen Ländern planten und durchführten. China wirft den Organisationen vor, im Nordwesten der Volksrepublik gewaltsam einen unabhängigen islamischen Staat errichten zu wollen.

Quellen (2004): *China Daily* 17./18.; *Xinhua* 16.04.

KATHARINA WENZEL-TEUBER

Adventistische Delegation in China -----

Während eines Aufenthalts in der Volksrepublik China vom 22. April bis 4. Mai 2004 besuchten Vertreter der Weltkirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten adventistische Kirchengemeinden und führten Gespräche mit Regierungsvertretern über die heutige religiöse Situation im bevölkerungsreichsten Land der Welt.

Zur Delegation unter Leitung von Pastor MATTHEW BEDIAKO, dem Generalsekretär der Generalkonferenz (Weltkirchenleitung) der Adventisten, zählten Dr. LYN BEHRENS, Präsidentin des medizinischen Zentrums der Loma Linda University; Dr. JAIRONG LEE, Präsident der Nord-Asien/Pazifik-Region der Freikirche, mit Sitz im südkoreanischen Seoul; Pastor JAMES SZE FAI WU, Präsident des Chinesischen Verbands der Adventisten. Zur Gruppe gehörten auch der Chefredaktor der adventistischen Gemeindegemeinschaft *Adventist Review*, WILLIAM G. JOHNSON, und GLENN MITCHELL, Kommunikationsdirektor der Nord-Asien/Pazifik Region.

Die adventistischen Kirchenvertreter trafen sich mit Verantwortlichen des Staatlichen Büros für Religiöse Angelegenheiten, das die religiösen Vorgänge im Lande beaufsichtigt, sowie mit Mitgliedern des Ständigen Komitees der 1951 gebildeten Nationalen Drei-Selbst-Bewegung der protestantischen chinesischen Kirche, die das Ziel verfolgt, in der Kirche für Patriotismus zu werben und die Selbstverwaltung, Eigenfinanzierung und eigenverantwortete Verkündigung der Kirche zu fördern.

Die freikirchliche Delegation führte auch Gespräche mit dem 1980 gegründeten Nationalen Chinesischen Christenrat (CCC). Der Rat versteht sich als Dachorganisation und

Dienstleistungseinrichtung für die Protestanten in China, einschließlich der drei protestantischen Denominationen der Wahren Kirche Jesu, der Kleinen Herde und der Siebenten-Tags-Adventisten, die sich nur partiell mit dem CCC verbunden fühlen. Diese drei Kirchen haben auch in der sogenannten „post-konfessionellen“ Einheitsphase weitgehend ihre theologische Unabhängigkeit behalten.

Gastgeberin der höchstrangigen Begegnung mit den Adventisten war Frau GUO WEI, stellvertretende Generaldirektorin des Staatlichen Büros für Religiöse Angelegenheiten.

Im Laufe des Besuches wurden den adventistischen Kirchenvertretern ausführliche Informationen zur Lage der Christen und deren Kirchen, zum gesellschaftlichen Engagement des protestantischen Christentums, zur Theologie des Wiederaufbaus, zum Verhältnis von Staat und Kirche sowie über die staatliche Religionspolitik in China vermittelt.

Nach seiner Rückkehr aus Beijing äußerte sich Pastor BEDIAKO zufrieden über den Besuch seiner Delegation in China und sagte: „Es war ein Vorrecht, dieses riesige Land zu besuchen und dort gemeinsam mit unseren Kirchenmitgliedern Gottesdienste zu feiern. Ich war berührt über ihre Hingabe und ihren starken Glauben. [...] Auch die Gespräche mit Regierungsvertretern waren eine wertvolle Gelegenheit. Ich schätzte ihren zuvorkommenden und freundlichen Empfang sowie ihre Bereitschaft, die Rechte der Angehörigen religiöser Minderheiten zu schützen.“

Die hochrangige adventistische Besucherdelegation hätte ursprünglich vom norwegischen Pastor Dr. JAN PAULSEN, dem Präsidenten der Weltkirchenleitung, geleitet werden sollen. In letzter Minute wurde seine Anwesenheit bei diesem Besuch „verhindert“, schreibt der *Adventistische Pressedienst APD*. „Seit geraumer Zeit hatte ich mir vorgenommen, diese Besuchsreise zu machen, um einerseits mit den dortigen adventistischen Christen zusammenzukommen, und andererseits, um die Verantwortlichen in Staat und Kirche zu treffen“, sagte PAULSEN. „Aus unvorhersehbaren Gründen mußte ich nun mein Vorhaben kurzfristig aufgeben. Obwohl ich enttäuscht darüber bin, daß ich diese Pläne jetzt nicht verwirklichen konnte, bin ich zuversichtlich, daß sich in der Zukunft Möglichkeiten zu einem Besuch bei der in China gedeihenden adventistischen Glaubensgemeinschaft ergeben werden und die Beziehungen zu den staatlichen Behörden des Landes weiter verbessert werden können. Ich weiß, daß der Herr diese Bemühungen leiten wird“, so PAULSEN.

Während ihrer China-Reise besuchte die adventistische Delegation die wöchentlichen Sabbat-Gottesdienste in Beijing und Shanghai und nahm an den Feierlichkeiten zum zehnjährigen Bestehen des Sir-Run-Run-Shaw-Krankenhauses in Hangzhou teil, das mit der Zhejiang-Universität verbunden ist. Das nach westlichem Vorbild gebaute Spital wurde vom Hongkonger Filmmagnaten und Philanthropen Sir RUN RUN SHAW finanziert und steht mit dem medizinischen Zentrum der US-amerikanischen Loma Linda University in wissenschaftlicher Verbindung sowie in einem Bildungsaustausch ihrer Mitarbeiter. Das Loma Linda University Medical Center mit über 3.000 Studenten ist eine

Einrichtung der Siebenten-Tags-Adventisten und befindet sich in Südkalifornien. Das Zentrum pflegt seit über 20 Jahren wissenschaftliche Beziehungen zu China.

Die protestantische Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten zählt heute nach eigenen Angaben in der Volksrepublik China mehr als 317.000 Mitglieder, die sich in über 850 Kirchengemeinden versammeln.

Text übernommen aus einer Meldung des *Adventistischen Pressediensts APD* vom 13.05.2004.

„The Passion of the Christ“, China und TAN SITONG -----

MEL GIBSONS Verfilmung des Leidens CHRISTI ist von Christen in Hongkong, Taiwan und Festlandchina mit weit mehr Enthusiasmus aufgenommen worden als in Europa. In Hongkong sollen am Osterwochenende 20.000 Menschen den Film angesehen haben. In den ersten zwei Wochen nach Filmstart machten dort 50 christliche Gruppen von der Möglichkeit Gebrauch, ganze Kinos für geschlossene Filmvorführungen zu mieten. Die zwei größten Kinoketten erlaubten 15–20 Minuten Gebet vor dem Film. Ein Pastor der evangelikalen Kong-Fok-Kirche, DANIEL NG, bat alle Mitglieder seiner Gemeinde, mindestens einen Nichtchristen mitzubringen. NG erklärte, der Film helfe den Christen, tiefer über das Leiden JESU nachzudenken, Nichtchristen würden tief bewegt und zu Fragen angeregt. In Taiwan ist der Film offenbar ebenfalls sehr gut aufgenommen worden. Katholiken und Protestanten (Pfarreien, Schulen und Universitäten – darunter die katholische Furen-Universität) mieteten auch dort ganze Kinos. Pastor BOB JONES von der Evangelical Community Church in Hongkong kommentierte: „Ich finde, daß die Hongkonger dem Christentum weniger zynisch gegenüberstehen als im Westen. Man kann offener und direkter sprechen.“ Allerdings gab es in Hongkong auch Protestanten, die den Film als Verfälschung der Bibel und Häresie ablehnten – laut einer Umfrage der *Christian Times* waren dies sogar 31% der Befragten.

In der Volksrepublik China kam der Film erwartungsgemäß nicht in die Kinos. Doch schon lange vor dem offiziellen Start des Films in Hongkong, Macau und Taiwan am 1. April konnte man in manchen Teilen Festland-Chinas auf der Straße Raubkopien mit chinesischen Untertiteln kaufen. In einigen Pfarreien der offiziellen Kirche sollen die Raub-DVDs laut einem Bericht von *UCANews* sogar in den Gemeindeläden verkauft worden sein. Priester sowohl der offiziellen als auch der Untergrundkirche ermutigten ihre Gemeindemitglieder, den Film anzusehen. Auch über bestimmte Webseiten konnte man in China offenbar den Film herunterladen. Ein von *UCANews* anonym interviewter katholischer Webmaster erklärte, seit März werde auf seiner Webseite über den Film diskutiert. Viele Katholiken hätten gesagt, sie fühlten sich durch den Film im Glauben gestärkt und könnten die Kreuzwegstationen anders beten. Da der Staat eine atheistische Erziehung propagiere und der Film ein sehr wirksames Evangelisierungswerkzeug sei, sei es höchst unwahrscheinlich, daß er in China öffentlich gezeigt werde. Das wachzunehmende öffentliche Interesse in

China und die Nachfrage nach Raub-DVDs seien jedoch ein „schwerer Schlag gegen den Atheismus“.

Auch in den amtlichen chinesischen Medien fand MEL GIBSONS „Passion“ Erwähnung. Eine Nachricht in *China Daily* konzentrierte sich allerdings mehr auf die Person des Regisseurs als auf den Inhalt des Films. Sie berichtete ferner über die Drehkosten sowie über die Kontroversen, die sich an dem Vorwurf des Antisemitismus und der Brutalität entzündet hatten. Auf der chinesischsprachigen Webseite von *China Daily* konnte man aus einem Artikel mit dem Titel „Grausame ‚Passion Christi‘ – Amerikanerin stirbt beim Betrachten des Films“ aber auch erfahren, daß der Film nach Meinung von Befürwortern Menschen verschiedener Glaubensrichtungen zu einem tieferen Nachdenken über die „allgemein bekannte Geschichte“ führen könne.

Eine interessante gedankliche Verbindung zu dem 1898 hingerichteten chinesischen Reformler TAN SITONG stellt ein Artikel in der Zeitschrift der chinesischen Akademiker in Deutschland, *Deguo daobao*, her. Ausgehend von MEL GIBSONS Film, den er kurz vorstellt, beschreibt der Autor RUI HU, wie in Deutschland Ostern gefeiert wird. Er beobachtet, daß man fröhliche Osterfeiern mit Hasen und Eiern sowie die frohe Botschaft von der Auferstehung betone, das Leiden JESU aber in den Hintergrund gedrängt werde. Angesichts dieser Haltung sieht der Autor die Funktion des Filmes darin, die Passion CHRISTI erlebbarer und so auch die Bedeutung der Auferstehung begreifbarer zu machen.

Dann wendet sich der Autor China zu und stellt fest, daß es in der Geschichte der chinesischen Nation – „einer Geschichte ohne religiösen Glauben“ – keinen solchen Leidenden und seine Auferstehung gegeben habe. Am nächsten, so meint er, komme einer solchen Leidensfigur noch der Reformler TAN SITONG (1865–1898). TAN war einer der Protagonisten in der Bewegung um KANG YOUWEI, die 1898 mit Unterstützung des jungen Kaisers GUANGXU tiefgreifende Reformen zur Modernisierung des maroden Kaiserreichs durchzusetzen versuchten, nach kurzer Zeit aber durch einen Staatsstreich der Kaiserinwitwe CIXI ausgeschaltet wurden. Sechs Reformler, darunter TAN, wurden grausam hingerichtet. RUI HU stellt mehrere Parallelen zu JESUS fest. TAN SITONG war zur Zeit seiner Passion ebenfalls 33 Jahre alt. Er hätte ins Ausland fliehen können, blieb aber aus Überzeugung, durch sein Opfer der Sache dienen zu können. Er soll gesagt haben: „Bis jetzt hat noch niemand in China für die politischen Reformen sein Blut vergossen. Deshalb gedeiht das Land nicht. Da dies so ist, fangt bitte bei [mir] SITONG an!“ Wie RUI HU weiter darlegt, hatte TAN SITONG das Neue Testament gelesen und war vom Leiden JESU tief beeindruckt; Spuren davon finden sich auch in TANS Werk *Renxue* (Studium der Menschlichkeit). TAN verfocht Freiheit, Demokratie, Gleichberechtigung und allumfassende Liebe (*bo'ai*). Die Menschlichkeit des Konfuzianismus (*ren*), die Liebe des Christentums (*ai*) und die Barmherzigkeit des Buddhismus (*cibei*) sah er als die Essenz und das allen drei großen Religionen gemeinsame Ideal des Menschen an. Im Gegensatz zu JESUS, so bemerkt RUI HU abschließend, ist TAN SITONG jedoch nach seiner Passion nicht wieder auferstanden. Sein Denken habe kaum

noch Einfluß, und er sei heute bei normalen Menschen in China weitgehend unbekannt.

Quellen (2004): *AsiaNews* (website) 13.04.; *China Daily* 13./14.04.; RUI HU, „Cong Yesu shouan, fuhuo xiangdao Tan Sitong“ (Jesu Leiden und Auferstehung erinnern an Tan Sitong), in: *Deguo dabao* April 2004, S. 16; *UCAN* 30.03.; *UPI* 10.4.; www.chinadaily.com.cn/gb/doc/2004-02/27/content_310098.htm.

KATHARINA WENZEL-TEUBER

Taiwan: Kirchen und Präsidentschaftswahlen -----

Die Zentrale Wahlkommission erklärte am 20. März 2004 den amtierenden Präsidenten CHEN SHUIBIAN (Demokratische Fortschrittspartei DPP) mit Vize-Präsidentin LÜ XIULIAN (ANNETTE LU) dank einer knappen Mehrheit von 29.598 Stimmen oder 50,11% zum Wahlsieger über die Kandidaten LIAN ZHAN (LIEN CHAN, Guomindang KMT) und SONG CHUYU (JAMES SOONG CHU-YU, People First Party PFP). Die Stimmbeteiligung betrug hohe 80,28 Prozent. Das Referendum bezüglich Sicherheitsmaßnahmen gegenüber China und entsprechende Friedensverhandlungen verfehlte jedoch mit gut 45% Ja-Stimmen die rechtliche Gültigkeit knapp. Dem überraschenden Ausgang der Wahlen war tags zuvor ein Attentatsversuch auf den Präsidenten und die Vize-Präsidentin vorausgegangen. Der Verlierer der Wahl, LIAN ZHAN, bezeichnete die Wahl als unfair und rief zu Demonstrationen auf. Während der anschließenden Woche kam es zu Zusammenstößen zwischen Ordnungskräften und Demonstranten, die auf beiden Seiten über 140 Verletzte forderten. Eine Nachzählung der Stimmen bestätigte schließlich das Wahlergebnis.

Sofort nach dem Bekanntwerden des Attentats am 19. März organisierte die Leitung der Presbyterianischen Kirche in Taiwan über den Email-Verteiler ihrer *Taiwan Church News* inselweit für den Abend des gleichen Tages besondere Fürbittgottesdienste für die Wahl, für Ruhe und Besonnenheit im Volk und für die Genesung der beiden Verwundeten, zu denen auch die nichtchristlichen Nachbarn eingeladen wurden. Obwohl die Beteiligung infolge der Kürze der Zeit teilweise nicht sehr zahlreich war, hatte die Gebets-Aktion doch eine große Wirkung.

In einem Forum der Presbyterianischen Kirche vom 21. März 2004 schlug Pastor KHO SIN-TAO von Taipeis Gikong-Kirche vor, angesichts der Gefährdung durch Terrorakte doch die lange dicht verschlossenen Türen der Gotteshäuser im ganzen Land aufzuschließen und den Nachbarn einen Ort des Friedens und der Zuflucht anzubieten. Durch Gespräche über Taiwans soziale Lage könnten die Christen einen positive Einfluß auf die Gesellschaft ausüben. Die Kirche solle sich frei von jeder politischen Parteilaffiliation in erster Linie für die Armen, Schwachen und gesellschaftlichen Randgruppen engagieren.

Nicht zuletzt wird nun den Kirchen die Aufgabe obliegen, über die Abgründe der zutiefst zerstrittenen Parteien und ihrer Anhänger hinweg durch Dialog und Erziehung Brücken zu bilden.

WILLI BOEHI

Konferenzen

Tagung der Vereinigten Chinesischen Katholischen Bibelvereinigung in Malaysia -----

Unter dem Thema „Wort und Eucharistie – Quelle des Lebens“ trafen sich vom 6. bis 12. September 2003 71 Delegierte aus Hongkong, China, Macau, Taiwan, Singapur, Malaysia, Brunei, USA und Australien in Kuching, Ost-Malaysia, zur Siebten Tagung der Vereinigten Chinesischen Katholischen Bibelvereinigung (UCCBA). Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bekräftigten dabei, sich als lebendige Zeugen des Evangeliums verstärkt für die „Kultur des Lebens“ einsetzen zu wollen.

Erzbischof HA von Kuching, selbst Bibelwissenschaftler, hob in seiner von seinem Vorgänger, Erzbischof Emeritus PETER CHUNG, verlesenen Grundsatzrede hervor, daß das Wort Gottes der Quell des Lebens sei, weil es die Macht habe, das durch das Wort Ausgesagte in Realität zu verwandeln. Man begegne dieser lebensspendenden Macht in der Schöpfung, in der Geschichte und in der Person JESU CHRISTI, in dem das Wort Fleisch geworden ist. [...]

Die Reflexionen und Diskussionen zum Thema wurden durch fünf Referate vertieft: „Die Bibel, das Sakrament der Eucharistie und das christliche Leben“ (JOSEPH ANG, Singapur), „Wie das Wort Gottes unser Wissen um die Eucharistie in der Meßfeier vertieft“ (P. JOHN BAPTIST HUANG OFM, Taiwan), „Die Rolle der Bibel und der Eucharistie beim Aufbau von Pfarrgemeinden und Laiengemeinschaften und -organisationen“ (MARY LEUNG, Hongkong, und Fr. PAUL PEI, China), „Bibel und Gebet“ (JOHN LEONG, Macau) sowie „Bibel und Evangelisierung“ (CATHERINE TING, Malaysia).

Die Tagung der UCCBA schloß mit folgenden gemeinsamen Beschlüssen:

1. Gottes Wort und das Sakrament der Eucharistie zur Quelle des Lebens für die christlichen Gemeinden und das persönliche Glaubensleben zu machen und dabei als „Zeugen des Evangeliums vom Leben“ zusammenzuarbeiten und die Kultur des Lebens zu fördern.
2. Aktiv die Lektüre der Bibel als „Brot des Lebens“ zu unterstützen und die individuelle, familiäre und gemeinschaftliche Bibellesung zu stärken.
3. Die verändernde Kraft der Eucharistie und des Wortes im christlichen Leben sichtbar zu machen.
4. Das Wort Gottes zu leben und Zeugnis für Wahrheit und Macht CHRISTI ebenso wie für das Sakrament der Eucharistie abzulegen.
5. Das UCCBA-Bulletin *Communion* zu fördern, das Informationen über bibelpastorale Aktivitäten in den verschiedenen Regionen und über bibelkundliches Unterrichtsmaterial bietet.

Zusätzlich stellten die Delegierten für ihr jeweiliges Land geplante Aktivitäten zur Förderung der Bibelpastoral vor, wobei sie sich verpflichteten, die Bibel beim Aufbau christlicher Gemeinden noch deutlicher in den Mittelpunkt zu stellen:

1. Hongkong wird die Zusammenarbeit mit lokalen kirchlichen Gruppen wie dem Bibelinstitut und der Fokolar-Bewegung fortsetzen; außerdem sollen die vorhandenen Ressourcen optimal genutzt und die Bibelpastoral im Internet forciert werden.
2. Singapur plant die Einführung eines Bibelsonntags und die Vorbereitung von Aktivitäten im Zusammenhang mit dem für nächstes Jahr angesetzten 48. Internationalen Eucharistischen Kongreß.
3. Malaysia wird den Verkauf von Bibeln finanziell fördern, den Aufbau von Kursen für das Bibelstudium unterstützen und Bildungsangebote für Kleriker ausarbeiten, um die Bibellesung zu einem wesentlichen Element kirchlicher Zusammenkünfte zu machen.
4. Brunei beschloß die Bildung eines Bibellektüre-Kreises und die Durchführung eines Workshops. Brunei und die Vereinigten Staaten nahmen zum ersten Mal an einer UCCBA-Tagung teil.
5. Priester PAUL PEI aus der Diözese Shenyang in Nordost-China plant die Eröffnung eines Bibelzentrums, das dem Austausch von Ressourcen und Erfahrungen dienen soll. China ist zwar noch nicht Mitglied der UCCBA, doch steht zu hoffen, daß Fr. PAULS Vereinigung in China „den Samen legen“ und so auch dort zur Etablierung brauchbarer Programme für die Verbreitung des Wortes Gottes beitragen kann.

Nach Auskunft von CECILIA CHUI, der Subregionalkoordinatorin der Katholischen Bibelföderation (KBF) für Nordostasien, nahmen an diesem Siebten UCCBA-Treffen mehr Delegierte als je zuvor teil. Dies habe die chinesisch-malaysischen Katholiken zu weiteren Aktivitäten ermutigt, einschließlich der Gründung einer Bibelvereinigung im Westen des Landes. Frau CHUI merkte an, daß die Stellung der Bibel in der Kirche zwar gefestigt sei, daß die Bibel aber dennoch immer noch als weniger wichtig gelte als die Eucharistie. Es bedürfe daher vermehrter Anstrengungen, um der Bibelpastoral den ihr zustehenden Raum zu geben. Abschließend bemerkte sie: „Das chinesische Bibeltreffen diene als gute Reflexionsgrundlage und Vorbereitung für den geplanten Bibelkongreß der KBF für Asien/Ozeanien 2005.“

Text mit freundlicher Genehmigung übernommen aus: *Bulletin Dei Verbum* 68/69 [2003, Nr. 3-4], S. 35-37.

Internationaler Kongreß der Bibelwissenschaftler chinesischer Herkunft in Hongkong -----

Über 70 Bibelwissenschaftler chinesischer Herkunft aus Südostasien, Nordamerika und Europa trafen sich vom 25.-28. Mai 2004 an der Chinese University of Hong Kong zum, wie es in dem Bericht heißt, ersten internationalen Kongreß chinesischstämmiger Bibelwissenschaftler. Die Mehrheit der Teilnehmer kam aus verschiedenen protestantischen Traditionen, aber auch katholische Wissenschaftler waren gut vertreten. Erzbischof JOHN HA von Kuching, Malaysia, sagte in der Eröffnungsrede: „Das besondere Anliegen für uns als ethnische Chinesen ist es, die Bibel für unsere Mitschinesen zugänglicher zu machen.“ Es sei wichtig, daß der wirtschaftliche Erfolg vieler chinesischer Migranten auch von spirituellem Wachstum begleitet sei, das aus dem vom Wort Gottes genährten Glauben komme.

Nach der Begrüßung durch LO LUNG-KWONG, Leiter der Theologischen Abteilung der Chinese University of

Hong Kong, und der Rede von Erzbischof HA leitete der Jesuit und Alttestamentler MARK FANG von der Theologischen Fakultät der Furen-Universität in Taiwan den Eröffnungsgottesdienst. Im Zentrum der Vorträge und Diskussionen der Tagung stand die Rolle der Bibel in der heutigen Welt. CHOON-LEONG SEOW vom Princeton Theological Seminary in New Jersey und SZE-KAR WAN von der Andover Newton Theological School in Massachusetts, beide Mitglieder des Vorbereitungskomitees, zeigten sich mit diesem ersten Treffen zufrieden. Eine zweite Konferenz soll im Mai 2007 in Singapur stattfinden.

Quelle: *Hong Kong Sunday Examiner* 20.06.2004.

KATHARINA WENZEL-TEUBER

In memoriam

Erzbischof STANISLAUS LUO GUANG (1911–2004) Historiker, Philosoph, Hirte -----

Am 4. März 2004 wurde Erzbischof STANISLAUS LUO GUANG (LOKUANG), der im Alter von 93 Jahren am 28. Februar von der Welt Abschied genommen hatte, die letzte Ehre erwiesen. Es war kein Ehrenerweis im üblichen chinesischen Sinn mit frischen Blumen, Spruchbändern, Obstschalen, Räucherstäbchen, dem Bild des Verstorbenen und Nachrufen. Nach seinen eigenen Anweisungen im Testament wollte er das alles nicht. Das Kreuz und brennende Kerzen waren der einzige Schmuck am Sarg, der auf dem Boden zu stehen hatte zum Zeichen, daß „zur Erde zurückkehrt, was zur Erde gehört“. Die Einfachheit der Stunde und das Gedächtnis des Todes und der Auferstehung des Herrn sollten der Feier ihren Charakter geben. So war es sein Wunsch, und danach handelte Kardinal SHAN GUOXI (SHAN KUO-HSI), der dem Requiem in der Kirche zur Heiligen Familie vorstand, begleitet von den Bischöfen aus Taiwan und Hongkong und von mehr als 1.000 Freunden aus dem Klerus, den Ordensfamilien und dem gläubigen Volk. Über 20 Vertreter von verschiedenen Religionen und Konfessionen zeigten durch ihre Anwesenheit ihre Verbundenheit mit dem verstorbenen Erzbischof.

Das Geburtsjahr von Erzbischof LUO GUANG fiel zusammen mit dem Gründungsjahr der Chinesischen Republik. Er wurde am 1. Januar 1911 in der Stadt Hengyang, Provinz Hunan, geboren. 1930 wurde LUO GUANG vom Bischof von Hengyang, der die Talente des jungen Seminaristen erkannt hatte, zum Studium nach Rom geschickt.



Erzbischof LUO GUANG 1984.
Furen daxue 73 biye jiniance.

Dort oblag er an der Lateran-Universität theologischen Studien und wurde zum Doktor des Kirchenrechts promoviert. 25jährig erhielt er 1936 in Rom die Priesterweihe. Nach Abschluß seiner Studien 1939 sollte er nach China in seine Heimatdiözese zurückzukehren. Durch den Ausbruch des 2. Weltkriegs wurde das jedoch verhindert. LUO GUANG blieb in Rom zu weiteren philosophischen und theologischen Studien und zu einer Unterrichtstätigkeit an der Päpstlichen Universität Urbaniana. Dort wurde er 1941 auch zum Doktor der Theologie promoviert. Als im Jahre 1943 China mit dem Heiligen Stuhl diplomatische Beziehungen aufnahm, wurde LUO GUANG als Berater an die Botschaft der Republik China im Vatikan berufen. Hier übte er über viele Jahre eine wichtige Brückenfunktion aus.

1961 kam der römische Aufenthalt zu einem endgültigen Abschluß, als LUO GUANG die Ernennung zum Bischof von Tainan in Taiwan erhielt. Bald nach seiner Bischofsweihe durch Papst JOHANNES XXIII. übernahm er die Leitung der eben erst errichteten Diözese. Auf seine Initiative ging die Gründung des Priesterseminars St. Pius X. zurück. Am 15. Mai 1978 trat er die Nachfolge von THOMAS Kardinal TIEN (TIAN GENGXIN) als Erzbischof von Taipei an. Seine administrativen und pastoralen Erfahrungen aus Tainan kamen ihm nun sehr zugute. Das *Tien Medical Center* wurde errichtet, ebenso eine Krankenschwesternschule. Erzbischof LUO GUANG setzte sich sehr für die Weiterbildung des Klerus und die Ausbildung der Schwestern ein. Die Organisation der Laien zur größeren Teilnahme am kirchlichen Leben war ihm ein großes Anliegen. Zur gleichen Zeit entwickelte Erzbischof LUO GUANG aber auch eine weite Lehr- und Vortragstätigkeit an verschiedenen Universitäten und Seminaren. In einer Vielzahl von Artikeln nahm er Stellung zu Fragen der Politik, Gesellschaft, Kultur und Erziehung.

Eine neue und überaus anspruchsvolle Aufgabe kam auf Erzbischof LUO GUANG zu, als er 1978 berufen wurde, die Nachfolge von Kardinal PAUL YU BIN (YU PIN) als Präsident der auf Taiwan neu errichteten Katholischen Furen-Universität anzutreten. Dem Erziehungsideal dieser Universität folgend, setzte er sich unter dem Leitgedanken „für das Wahre, Gute, Schöne und Heilige“ konsequent für eine ganzheitliche Erziehung ein. Der Campus wuchs erheblich, eine Reihe neuer Abteilungen und Fakultäten, wie die der Schönen Künste, die medizinische Fakultät und die Abteilung für Religionsforschung, entstanden. Erzbischof LUO GUANG hatte keine Schwierigkeiten, Professoren anderer Religionszugehörigkeit einzustellen, er war gegenüber anderen Religionen und Geistesrichtungen sehr offen und dialogbereit. Schon als Erzbischof von Taipei sah er es als seine Aufgabe an, die Erneuerung, die das II. Vatikanische Konzil angeregt hatte, in die Tat umzusetzen. Er wußte, daß die stark der Tradition verhaftete Kirche Taiwans Entfaltungsraum brauchte und Mut zu neuem Denken. Erzbischof LUO GUANG übernahm jedoch nicht blindlings neue Denkströme aus Europa oder Amerika, sondern prüfte ihre Gültigkeit auf dem Hintergrund der christlichen Tradition und des eigenen chinesischen Erbes und ordnete sie entsprechend ein.

1992 trat Erzbischof LUO GUANG in den Ruhestand. Seine Schreib- und Vortragstätigkeit war damit aber nicht beendet. Er widmete sich weiter mit Interesse dem Geschehen und den geistigen Strömungen seiner Zeit. Seine besondere Liebe galt jedoch bis ans Ende seines Lebens der Philosophie. Aus den Quellen seiner Glaubens- und Denkerfahrung suchte er Licht, um es weiterzugeben, ganz im Sinne seines bischöflichen Wappenspruchs aus Psalm 36: „In lumine tuo vid(eb)imus lumen“ (In deinem Licht sehen wir das Licht). Eine ganz eigene Faszination übte der Begriff „Leben“ auf ihn aus, besonders in seiner spirituellen Dimension. Aus seinem Verständnis der chinesischen Philosophie kam er zur Überzeugung, daß Philosophie eine Philosophie des Lebens sein muß, nur als solche hat sie Zukunft. Leben bedeutet das Streben, das echte Selbst zu vollziehen. Dies aber ist ein ständiger Wandel vom Möglichen zum Wirklichen und das bewußte Sich-Einfügen in den Lauf der steten Erneuerung bis zum Überstieg in eine grenzenlose Existenz Erfahrung. Hierin sah LUO GUANG auch das Herzstück der chinesischen Philosophie. Ihm zufolge konnte dies sowohl im Konfuzianismus als auch im Daoismus und Buddhismus gefunden werden. Sein ganzes philosophisches Bemühen war im Grunde der Versuch, aus der Begegnung der scholastischen Philosophie mit der chinesischen Kultur und Philosophie eine Synthese zu erstellen. Die Gesamtheit seiner Schriften veröffentlichte der Verlag der Furen-Universität 1996 in der 42bändigen Sammlung *Luo Guang quanshu*, deren erste 38 Bände in Chinesisch geschrieben sind, die übrigen in Latein, Italienisch und Englisch.

Ab 1996 ließ sein Gesundheitszustand zusehends nach, und sein Aufenthaltsort wurde immer mehr das Krankenzimmer. Sein Geist jedoch blieb wach und aktiv. Ein Wort von Meister KONG galt wohl auch für ihn: „Was ist mein Leben? – Leidenschaftliches Suchen nach Erkenntnis, selbst Essen und Trinken wird vergessen. Ist sie aber da, schenkt sie Freude im Übermaß, alle Sorgen schwinden. Mag die Schwäche auch aufs Ende weisen, es entzieht sich dem Bewußtsein.“ Fragte man den Erzbischof, wie er sich fühle, war die Antwort: „Ganz klein und hilflos.“ Wer denkt nicht an die Erfahrung des Hl. PAULUS: „Wenn ich schwach bin, bin ich stark!“

ANTON WEBER SVD

Kurz notiert * Chronik -----

- ♦ Die **älteste bisher bekannte religiöse Stätte Chinas** soll bei Ausgrabungen im Februar und März d.J. in **Hunan** entdeckt worden sein. Im Gebiet der Stadt Hongjiang wurden eine neolithische Kultstätte mit verschiedenen Kultgegenständen gefunden. Laut HE GANG vom archäologischen Institut der Provinz beweisen die Funde den spirituellen Reichtum des Volkes vor 7.400 Jahren (www.chinaview.cn 4.04.2004).
- ♦ Der **historische Zhala-Friedhof** in Beijing, auf dem die Jesuiten MATTEO RICCI, ADAM SCHALL VON BELL, FERDINAND VERBIEST und rund 50 weitere westliche Missionare begraben sind, soll abermals renoviert und **zugänglicher** gemacht werden. Das hat WANG CANCHI in *China Daily* vorgeschlagen. WANG, Wissenschaftler an der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften und Mitglied des Beijinger Ausschusses der Politischen Konsul-

tativkonferenz, erklärte, RICCI sei eine historische Schlüsselfigur, weil er den Austausch zwischen China und dem Westen initiiert habe. Nach der Renovierung soll der heute auf dem Gelände der Parteihochschule gelegene und nur sehr eingeschränkt zugängliche Friedhof nach WANGS Vorstellungen für Touristen geöffnet und durch eine Ausstellung im nahegelegenen Wensheng-Kloster ergänzt werden (*China Daily* 17.02.2004).

♦ Die Stadt **Harbin** plant, zwei 1909 und 1921 erbaute **Synagogen** und eine 1918 erbaute **jüdische Mittelschule** zu **restaurieren**. In der „neuen“ Synagoge soll ein „Harbiner Museum für jüdische Geschichte und Kultur“ eingerichtet werden. Der jüdische Friedhof von Harbin mit ca. 600 Gräbern ist bereits renoviert worden. Mehr als 100 Juden besuchen jährlich Harbin auf der Suche nach ihren familiären Wurzeln. Dort lebten in den 1920er Jahren bis zu 20.000 Juden (*Xinhua* 12.06.2004).

♦ Zum ersten Mal organisierte die Orthodoxe Metropole von Hongkong und Südostasien eine **Ikona-Ausstellung in Hongkong**. Die vom 20. Februar bis zum 6. März in der Kunstgalerie des Fringe Club gezeigte Ausstellung enthielt auch eine Darstellung im byzantinischen Stil der während des Boxeraufstands getöteten orthodoxen Märtyrer sowie eine Darstellung des von Kindern umringten JESUS mit asiatischen Zügen. Metropolit NIKITAS erklärte bei der Eröffnung, seine Kirche wolle durch die Ausstellung ihre Theologie und Kunst vorstellen und zur ökumenischen Bewegung beitragen (*Sunday Examiner* 7.03.2004).

♦ In dem daoistischen Tempel Baiyunguan in Beijing – auch Sitz der Chinesischen Daoistischen Vereinigung – ist im April eine **daoistische Klinik** eingerichtet worden. Patienten werden dort mit traditioneller Kräutermedizin, daoistischer Diätetik und Akupunktur behandelt. Wie *Xinhua* berichtet, gibt es bisher nur wenige daoistische Kliniken in China (*Xinhua* nach *China Daily* 30.4.2004).

♦ An der Nanjinger Hirnklinik soll demnächst ein **Zentrum für die Behandlung und Rettung bei psychischen Krisen** eingerichtet werden, laut *China Daily* das erste solche Zentrum in China. In der gleichen Klinik war bereits 1991 das erste Selbstmordinterventionszentrum Chinas errichtet worden, das seit seiner Gründung rund 1.600 Menschen vom Selbstmord abgehalten hat. Statistischen Angaben zufolge begehen landesweit **jährlich 280.000 Menschen Selbstmord** und etwa 2 Millionen einen Selbstmordversuch, heißt es in dem Artikel (*China Daily* 9.03.2004).

♦ Für die **steigende Unfruchtbarkeitsrate** in der südchinesischen Stadt Guangzhou von derzeit 20% aller Paare macht ein Bericht in *China Daily* zumindest teilweise **Sex im jugendlichen Alter** verantwortlich. Mehr als ein Drittel der Fälle von Sterilität bei Frauen seien auf Abtreibung zurückzuführen, erklärte ein Gynäkologe des 2. Volkskrankenhauses in Guangzhou. Dabei seien 7% der Guangzhouer Frauen, bei denen eine Abtreibung vorgenommen wird, unter 18 Jahre alt. (*China Daily* 20.04.2004).

♦ In Beijing ist im März d.J. Chinas erster **Notrufdienst für minderjährige Opfer sexueller Gewalt** eingerichtet worden. Er wird von der Beijinger Forstuniversität und der Beijinger Akademie für Sozialwissenschaften betrieben und zielt darauf ab, Minderjährigen zu helfen, mit den psychischen Folgen der Übergriffe zurechtzukommen und ein normales Leben zu führen. Der Projektleiter HE MINGHUA erklärte, Fälle sexueller Gewalt nähmen in China drastisch zu, und die Opfer seien oft großem sozialem Druck ausgesetzt (*Xinhua* 8.03.2004).

♦ Im Kreis Renshou (Sichuan) hat der Frauenverband der Provinz Sichuan mit UNICEF China ein **Trainingsprogramm** an der örtlichen Berufsschule eingerichtet, das verhindern soll, daß junge Mädchen in die Hände von **Menschenhändlern** fallen. 100.000 Frauen von den 1,6 Mill. Bewohnern des überwiegend bäuerli-

chen Kreises ziehen jährlich zur Arbeitssuche in die Stadt. Die meisten seien junge Mädchen ohne Erfahrung und deshalb besonders gefährdet. In den letzten sechs Jahren wurden im Kreis Renshou 2.458 Frauen und Kinder aus den Dörfern und vom Arbeitsmarkt entführt. Die meisten, so die Vorsitzende des örtlichen Frauenverbands, wurden durch dubiose Jobangebote angelockt und zur Heirat in verarmte Dörfer Henans, Shaanxis und der Inneren Mongolei verkauft. – Nach Angaben der chinesischen *Fazhi ribao* (*Legal Daily*) löste die chinesische Polizei zwischen 2001 und 2003 20.360 Fälle von Frauen- und Kinderhandel, verhaftete 22.018 Verdächtige und rettete 42.215 entführte Frauen und Kinder (*China Daily* 22.03.2004; *Fazhi ribao* 3.03.2004).

♦ Einer Untersuchung des Chinesischen Staatlichen Statistischen Büros zufolge gab es 2003 in China **113,9 Millionen Wanderarbeiter** aus ländlichen Regionen, das sind 23,2% aller ländlichen Arbeitskräfte. Offizielle Statistiken gehen von weiteren 150 Mio. überflüssigen Arbeitskräften auf dem Land aus. 65,8% der Wanderarbeiter kamen der Untersuchung zufolge aus den großen Getreideanbaugebieten. 85% waren unter 40 bzw. 47% unter 25 Jahre alt. 69,9% der Wanderarbeiter zog es in die relativ entwickelten östlichen Regionen des Landes (*Xinhua* 14.5.2004). – Schätzungen ausländischer Fachleute gehen häufig von noch höheren Binnenmigrantenzahlen aus.

♦ **Taiwan** hat im Mai d.J. auf der Insel Jinmen (Kinmen) ein neues **Haftzentrum für illegale Einwanderer vom chinesischen Festland** eingerichtet. Zusammen mit den bereits bestehenden drei Zentren in Xinzhu (Hsinchu), Yilan (Ilan) und auf der Insel Mazu (Matsu) können nun insgesamt 3.700 Immigranten untergebracht werden. Der Vizevorsitzende des Rats für Festlandsangelegenheiten CHEN MING-TUNG beschuldigte die festlandchinesischen Behörden, ihre Staatsbürger, die eine zunehmende Belastung für die Finanzen, aber auch die soziale Ordnung in Taiwan seien, nur schleppend zu repatriieren (*Central News Agency website* 30.4.2004). – Die Volksrepublik **China** hat nach Angaben des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit im Zuge eines 5monatigen landesweiten **crackdown** von Oktober 2003 bis März 2004 über **16.000 illegale Einwanderer repatriiert**. Sie wurden bei Razzien in Hotels, Mietshäusern, religiösen Stätten (!) und Unterhaltungsetablissemments entdeckt, heißt es in dem Bericht. Die meisten stammten aus Nachbarländern (*China Daily* 25.3.2004).

♦ **77.715 ausländische Studenten** studierten im Jahr 2003 an **chinesischen Hochschulen**. 82% von ihnen kamen aus Asien, 8,3% aus Europa, 6% aus Nord- und Südamerika, 2,3% aus Afrika und 1,4% aus Ozeanien. Knapp ein Drittel der ausländischen Studierenden strebt einen akademischen Grad an, die Tendenz ist steigend (*China Daily* 19.03.2004).

♦ **Shanghais Schulen werden internationaler**. Ab Herbst 2004 eröffnet die in britisch-amerikanischer Trägerschaft stehende Dulwich High School, die als erste ausländische Schule in China auch chinesische Schüler aufnehmen darf. Wie die *Epoch Times* (1.10.2004) berichtet, wird der Lehrplan an die Regierungsvorschriften angepaßt. So wird beispielsweise der verpflichtende Religionsunterricht in den „Weltkulturunterricht“ integriert. – Die Erziehungskommission der Stadt Shanghai hat die Zahl der örtlichen Grund- und Mittelschulen, die ausländische Schüler aufnehmen dürfen, auf 150 erhöht. Bereits 2001 waren erstmals 80 Schulen für Ausländer freigegeben worden. Diese Öffnung des Erziehungssektors in Shanghai sei notwendig geworden, weil die Zahl der in Shanghai lebenden Ausländer ständig steige. Gegenwärtig werden 3.000 ausländische Schüler an örtlichen Grund- und Mittelschulen und 8.000 an den 22 internationalen Schulen in Shanghai unterrichtet, heißt es in *China Daily* (18.03.2004).

KATHARINA WENZEL-TEUBER